



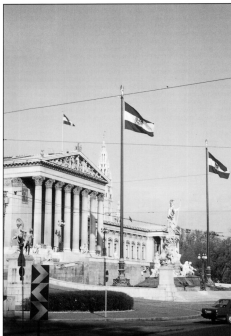
Kampf um den Platz an der Sonne

3. Oktober: Wir wählen die Volkspartei!

Entscheidung über Österreichs Zukunft

Wer die Lohnkosten
um 30 Milliarden Schilling
senkt, das Karenzgeld für
alle ausbezahlt, die
Kindererziehungszeiten
für die Pension anrechnet und
die Sicherheitsfragen glaubwür-
dig gelöst sehen will, der muß
uns, die ÖVP, auch wählen!

(Andreas Khol)





Dr. Hubert Jurasek

Wirksam wählen!

Die Nationalratswahl am 3. Oktober 1999 ist die für Österreich wichtigste, wird doch dabei die Anzahl der von den einzelnen wahlwerbenden Gruppen (Parteien) in den Nationalrat zu entsendenden Abgeordneten bestimmt.

Der Nationalrat (NR) ist nicht nur das wichtigste Gesetzgebungsorgan unserer Republik, er hat auch wesentlichen Einfluß auf die Bildung, Zusammensetzung und Abberufung der Bundesregierung. Versagt der NR der Bundesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder durch ausdrückliche Entschließung das Vertrauen, so müssen die Bundesregierung oder deren betreffende Mitglieder ihres Amtes enthoben werden (Art. 74 B-VG). Jene wahlwerbende Gruppe, die die meisten Abgeordneten in den NR entsenden kann, kann, im Rahmen der Österreich nach dem Beitritt zur EU verbliebenen Restsozialität, in der kommenden Gesetzgebungsperiode am ehesten ihr Programm verwirklichen. Derzeit sind 183 Mandate des NR zu vergeben.

Die für die Wahl im gesamten Bundesgebiet erforderlichen Stimmen haben

außer den derzeit im NR vertretenen Parteien, das sind die SPÖ, ÖVP, FPÖ, Liberale Forum und die Grünen, nur die KPÖ und „Die Unabhängigen (DU)“ erreicht. Zwei weitere Gruppierungen kandidieren nur in einzelnen Wahlkreisen. Über die bisher im NR vertretenen politischen Parteien ist schon in den beiden letzten Nummern des „Freiheitskämpfers“ gesprochen worden, über sie und die anderen zur Wahl zugelassenen Gruppen wird noch in dieser Nummer informiert. Die KPÖ ist für uns aus politischen und weltanschaulichen Gründen nicht wählbar. Gründer der DU ist Baumeister Lugner, der bei der Erreichung der für die Zulassung erforderlichen Stimmen Probleme gehabt hat; schließlich haben drei Abgeordnete, die bisher als Mandatäre der FPÖ dem NR angehört hatten, für seine Kandidatur unterschrieben.

Voraussetzung für den Einzug einer wahlwerbenden

Gruppe in den NR ist entweder die Erreichung eines Grundmandates in einem der 43 Regionalwahlkreise oder 4 % der im gesamten Bundesgebiet abgegebenen Stimmen.

Um ein Grundmandat in einem der Regionalwahlkreise zu bekommen, sind bei der NR 1997 durchschnittlich 25.000 Stimmen erforderlich gewesen, 4% der im ganzen Bundesgebiet abgegebenen Stimmen sind damals rund 200.000 gewesen.

Daß die SPÖ, ÖVP und die Freiheitlichen wieder im NR sein werden, kann als sicher angenommen werden. Problematisch kann es für das Liberale Forum und die Grünen werden. Bei der letzten Wahl haben die Grünen 4,8%, das Liberale Forum 5,5% der abgegebenen Stimmen erhalten. Bei der heurigen Wahl in das EU-Parlament konnte das Liberale Forum nur noch 2,64% erreichen. Am ehesten hat noch Lugners „DU“ Aussicht, in den NR zu kommen, hat Lugner doch bei

der letzten Bundespräsidentenwahl nahezu 10% der abgegebenen Stimmen erzielt.

Die Wahlen dieses Jahres haben gezeigt, daß es auf jede einzelne Stimme ankommt. Bei den Landtagswahlen in Tirol ist es von wenigen Stimmen abgehoben, ob die ÖVP ihre absolute Mehrheit halten kann. Zählt man die für die CSU, deren Wahlerpotential hauptsächlich aus uns nahestehenden Kreisen stammt, bei den EU-Wahlen abgegebenen Stimmen (43.084) den bei dieser Wahl für die ÖVP abgegebenen Stimmen (859.135) hinzu, hätte die ÖVP mit 902.219 die für die Sozialisten abgegebenen 838.338 Stimmen überflügelt und wieder die höchste Stimmenanzahl erhalten.

Warum von den bisher im NR vertretenen Parteien für uns nur die ÖVP in Frage kommt, ist bereits in den letzten Nummern des „Freiheitskämpfers“ ausgeführt worden. Auch eine Stimmabgabe für die anderen bei dieser Wahl als wahlwerbend auftretenden Gruppen kommt für uns teils aus politischen, teils mangels Aussicht, die für den Einzug in den NR erforderliche Stimmenanzahl zu erreichen, nicht in Frage. Wirksam ist für uns daher nur die Stimmabgabe für die ÖVP. ■

Johannes Eidlitz

ÖVP in die Opposition?

Der Kampf um die Plätze in der Wahlgunst

Nicht um jeden Preis in der Regierung“, so charakterisiert Wolfgang Schüssel, Bundesobmann der Volkspartei, deren Kurs nach dem 3. Oktober. Er reagierte damit auf Meinungsumfragen, die der ÖVP bei den Nationalratswahlen nur noch 24 Prozent, den Freiheitlichen dagegen 28 Prozent zusprechen. Die ÖVP wolle den Platz Zwei bei den Wahlen erreichen. Komme sie nur auf Platz Drei, also hinter der

FPÖ, dann werde er, Schüssel, sie höchst persönlich in die Opposition führen. Allerdings verwies er auf andere Umfragen, in denen die Volkspartei durchaus weiter den Zweiten Platz in der Wahlgunst einnimmt und die der FPÖ Platz Drei zuweisen.

Kategorisch schloß Schüssel in seiner Erklärung vom 7. September jede Koalition mit der FPÖ aus, selbst dann, wenn sich die „Blauen“ der Volkspartei als Koalitions-

partner anbieten und ihr den Bundeskanzler einräumten. Also weder Schwarz-Blau noch Blau-Schwarz. Aber, so geht es aus den Worten Schüssels hervor, auch nicht um „jeden Preis“ die Fortsetzung der Koalition mit den Sozialdemokraten. Der dritte Platz nach den Wahlen bedeute eben den Weg in die Opposition.

23, 24, 36 oder wieviel Prozent

Die Daten der erwähnten Meinungsumfrage stammen

von der Firma OMG, in Auftrag gegeben von der FPÖ. Sie gibt der SPÖ 36 Prozent, der ÖVP eben nur 24 Prozent und den Freiheitlichen 28 Prozent. Dazu ist zu sagen, daß alle Umfragen Fehlerquellen haben, die zwischen zwei und fünf Prozent liegen. Man wird erst am Abend des 3. Oktober wissen, wie die Dinge in Wahrheit stehen.

Kommentatoren meinen, Wolfgang Schüssel sei es einmal darum gegangen, die Wählerschaft zu Gunsten der Volkspartei zu mobilisieren. Andere meinen, es gehe Schüssel darum, das starke Echo in der Öffentlichkeit, das

die Nominierung von Thomas Prinzborn durch die FPÖ gehabt habe, auszugleichen und die Aufmerksamkeit auf die eigene Partei zu lenken.

In der Opposition befand sich die Volkspartei ja schon zwischen 1970 und 1986/87. Nach den Niederlagen der ÖVP in den Wahlen 1970 und 1971 hatte sich Josef Klaus jeder Zusammenarbeit mit der SPÖ verweigert, worauf Kreisky, nun Kanzler, die FPÖ heranzog und schließlich in die Regierung aufnahm. Diese Periode endete erst wieder 1986 mit dem Ausgang der Wahlen: Mock führte die ÖVP als Vizekanzler und Außenminister ins Kabinett Vranitzky. Er hätte freilich eine kleine Koalition mit der FPÖ vorgezogen, in der eben zu dieser Zeit Jörg Haider an die Parteispitze kam. Doch die Mehrheit der ÖVP-Führung lehnte diese Lösung ab.

Jahre der Entbehrung

Die Volkspartei hatte nun seit 1970 15 Jahre Opposition hinter sich. Das Wort, man müsse „ins Trockendock“ um einen Neubau der Partei und eine Rückkehr in die Mehrheit der Wähler zu erreichen, hatte sich keineswegs bewahrheitet. Dafür ist ein starker werdender Widerwille gegen die Sozialdemokraten und damit gegen den Verbleib in dieser Rot-Schwarzen Koalition zu verzeichnen. Das gilt keineswegs nur für die Steiermark. Freilich Wolfgang Schüssel hat am 7. September mit Nachdruck versichert, sein Entschluß bei einer Niederlage am 3. Oktober – also Platz Drei – in die Opposition zu gehen, werde von der Parteiführung und den Bänden, wie den Ländern geteilt. Die ganze Entwicklung wird klarer und verständlicher, wenn man einen Blick auf andere Zahlen tut, nicht nur auf Meinungsumfragen, sondern auf die wirklichen Ergebnisse früherer Wahlen und die Entwicklung die Parteien in der Wählergunst genommen haben. Für den 3. Oktober sa-

gen sie, wie erwähnt, der SPÖ 37 bis 38 Prozent, der ÖVP 24 bis 28 Prozent, der FPÖ ebenfalls 24 bis 28 Prozent voraus und den Grünen 4 bis 5 Prozent, dem Liberalen Forum 2 bis 4 Prozent und den „Unabhängigen“ (DU) 2 bis 10 (!) Prozent.

Ergebnisse aus 50 Jahren

Hier zunächst die Zahlen der Ergebnisse der Nationalratswahlen in den Jahren 1945 bis 1995 (wobei die Unterschiede zu den Nachwahlen von 1996 nur minimal sind). Die Zahlen weisen aus: An erster Stelle die Wahlberechtigten und sodann die gültigen Stimmen sowie jene der Parteien.

Wahltag	Wahlberechtigte	Gültige Stimmen	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPD	Grüne	LF	Sonstige Parteien
25. Nov. 1945	3.449.985	2.217.264	1.434.898	1.802.227	-	174.257	-	-	5.972
9. Okt. 1949	4.391.875	4.139.733	1.823.924	1.848.581	469.233	213.066	-	-	21.299
22. Feb. 1953	4.587.870	4.318.888	1.816.957	1.781.777	472.866	228.158	-	-	17.389
13. Mai 1958	4.814.484	4.351.365	1.873.239	1.999.986	383.348	182.438	-	-	2.448
18. Mai 1963	4.996.083	4.362.855	1.933.205	1.825.043	338.719	142.978	-	-	21.961
18. Nov. 1967	4.895.391	4.456.121	1.860.682	2.024.581	313.895	128.528	-	-	21.626
9. März 1973	4.886.878	4.337.885	1.828.985	2.191.189	342.378	98.836	-	-	108.585
1. März 1979	5.045.841	4.688.981	2.221.981	2.051.912	353.425	64.758	-	-	17.793
18. Okt. 1971	4.954.448	4.599.990	2.280.168	1.964.712	248.673	61.762	-	-	1.874
5. Okt. 1975	5.079.277	4.813.432	2.326.207	1.881.291	248.644	55.932	-	-	1.464
6. Mai 1979	5.188.735	4.729.291	2.472.229	1.981.738	286.743	46.288	-	-	2.263
24. April 1983	5.316.636	4.852.457	2.312.526	2.087.808	241.768	25.912	-	-	188.319
23. Nov. 1988	5.481.414	4.862.188	2.082.824	2.083.663	472.285	35.194	224.829	-	15.164
7. Okt. 1990	5.828.912	4.784.894	2.072.787	1.888.608	782.648	35.882	225.804	-	190.093
9. Okt. 1994	5.174.808	4.832.114	1.857.804	1.391.848	1.842.332	15.919	338.538	276.588	94.899
17. Dec. 1995	5.788.898	4.844.245	1.842.879	1.376.487	1.868.175	13.608	233.232	287.878	35.848

Hier ist anzumerken, daß der Sprung an Wahlberechtigten um fast eine Million von 1945 auf 1949 besondere Gründe hatte. Einmal die Aufhebung der Gesetze, die den ehemaligen Nationalsozialisten das Wahlrecht verweigerten und zweitens der Strom von hundertaufenden heimkehrenden Kriegsgefangenen. Ferner muß man wissen, daß die Gründung des sogenannten VdU (Verband der Unabhängigen) 1949, aus dem später, Mitte der Fünfziger Jahre, die Freiheitliche Partei wurde,

sehr wesentlich auf Bemühungen von sozialdemokratischer Seite – vor allem Innenminister Helmer war ein Betreiber – zurückging. Natürlich strömten die ehemaligen Nationalsozialisten in Massen diesem VdU zu, in dessen Führung sich prominente Nationalsozialisten von ehemals befanden.

Und nun noch Ergebnisse in Prozenten, die sehr deutlich die Unterschiede hervorheben: 1945: SP 44,6 VP 49,8 KP 5,4 1949: SP 38,7 VP 44 VdU 11,7 KP 5,1 1971: (Kreisky) SP 50 VP 43,1 FP 5,5 KP 1,0 1986: SP 43,1 VP 41,3 FP 9,7 KP 0,7 1996: SP 38,1 VP 28,3 FP 21,9 KP 0,3 Grüne 4,8 LF 5,5

genommen, darunter wohl auch, wenn auch nur wenig, den Kommunisten.

So wenig es angebracht ist, Vergleiche mit der Zeit der ersten Republik zu ziehen, so ist doch sehr deutlich, daß Anhänger Jörg Haider, zumindest vielfach, Nachkommen deutschnationaler Eltern sind. Das war freilich vor 1932 ganz anders zu bewerten, denn alle Parteien, vor allem die Sozialdemokraten, waren prodeutsches. Prominenteste Führer der Sozialisten hielten eine Verwirklichung ihres marxistischen Gesellschaftsprogrammes erst nach einem Anschluß für möglich. Aber Adolf Hitler bewirkte dann massive Stimmungsumschwünge. Erst gegen den Nationalsozialismus, dann, ab

Die Rückgänge, sowohl der SPÖ als auch besonders der ÖVP, gehen in hohem Maß auf die Erfolge der Freiheitlichen zurück, zuletzt freilich auch auf Liberales Forum und Grüne, die ebenfalls beiden Parteien Stimmen wegnahmen, wobei die Liberalen erstaunlicherweise der FPÖ kaum geschadet haben, obwohl ihre Führung, wie etwa Heide Schmidt, aus der obersten Führungsetage der Freiheitlichen stammt. Die Grünen dagegen haben allen Parteien Stimmen weg-

1938, ging in der Begeisterung für Großdeutschland das Bedenken vieler unter. Aus all diesen Voraussetzungen stammen ja auch die heutigen Sympathien und Ablehnungen. Obwohl von den an den Auseinandersetzungen jener Zeit (1934, Februar und Juli!) Beteiligten, kaum noch jemand am Leben ist, so wirken da noch Traditionen. Schüssel, der einen Neuanfang in der Gesellschaft fordert, weiß schon warum. Wir, die Zeugen der Zeit, auch.

Eine Zukunft für eine neue Gesellschaft

Wolfgang Schüssel bekennt sich zu einer neuen Bürgergesellschaft. In seinem jüngsten Buch „Im Namen der Zukunft“ erschienen im Ibra Verlag, legt er seine Zukunftsvisionen dar.

Meine Zielsetzung ist klar: Ich will die Heimat Österreich zu einer Gesellschaft aktiver Bürgerinnen und Bürger ausgestalten: geprägt von einer neuen Aufgabenteilung zwischen Privat und Staat, einer neuen Aufgabenverteilung zwischen Freiwilligen und öffentlichem Dienst, von einem Füreinander in bürgerschaftlicher Solidarität und von der Verlebendigung der Demokratie durch freie bürgerschaftliche Initiative.

Mir ist eine Bürgergesellschaft wichtig, die gleichzeitig dem Einzelnen mehr Freiheit wie auch mehr Gemeinschaft gibt, die von persönlicher Verantwortung, Solidarität und Mitgestaltung geprägt ist.

In dieser Gesellschaft ist jeder einzelne eingeladen und ermuntert, in privaten Einrichtungen wie Vereinen und freien Bürgerinitiativen Aufgaben für die Gemeinschaft zu übernehmen: beispielsweise im Sozialwesen, im Katastrophenschutz, im Rettungswesen, bei der örtlichen Sicherheit, im Natur- und Umweltschutz, im Sport, in der Kultur. In der aktiven Bürgergesellschaft gestalten die Bürgerinnen und Bürger aus eigener Initiative ihren engeren und engsten Lebensraum: in der Nachbarschaft, im (virtuellen) Dorf, im „Grätzl“, aber auch im global village der zivilen Weltgesellschaft. Aus einem Nebeneinander oder Gegeneinander wird dadurch ein solidarisches Miteinander, welches den Sozialstaat als wichtige Ressource ergänzt, nicht ersetzt.

Der verstärkte Einbau der Einrichtungen der aktiven Bürgergesellschaft in die Gestaltung des öffentlichen Lebens, die lebendige Bürgerbe-

teiligung bewirkt aber auch ein demokratieverstärkendes neues Verständnis von einer partnerschaftlichen Gesellschaft.

Mein offensiver Vorschlag für aktive Bürgerinnen und Bürger lautet: Nehmen wir die Herausforderung der Globalisierung, der Beschleunigung aller Lebensbereiche, der Überflutung mit immer mehr Informationen und neuen Trends an. Setzen wir der Globalisierung in der Wirtschaft die Verwurzelung, die Gemeinschaft in der Bürgergesellschaft als Gegengewicht entgegen.

Zwischen hedonistischem Zeitgeist und spin-marxistischem Wildwuchs staatlicher Apparate, deren Kälte die Unterprivilegierten, Alten und Schwachen ausgeliefert werden, droht die Freiheit des Einzelnen und damit unser wichtigstes gesellschaftliches Gut erdrückt zu werden. Als Partei, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, muß die ÖVP eine zeitgemäße Antwort auf die Herausforderung finden, individuelle Freiheit und Selbstbestimmung vor dem zunehmenden Druck zur Elitengesellschaft wie auch zur passiven, vom Staat abhängigen Anspruchsgesellschaft zu bewahren.

Im Bürokratie-Staat werden die kleinen Einheiten entmachtet statt gestärkt, zieht der staatliche Apparat immer wieder neue Aufgaben an sich, anstatt die privaten Bürgerorganisationen zu stärken. Beispiele dafür gibt es viele: Der Versuch der Sozialbürokratie, das private Rettungswesen über den Weg einer neuen Ausbildungsvorschrift zu „professionalisieren“, der Versuch der Frauenministerin die privaten Organisationen



Ordentlich auf die Patsche gehauen. Dr. Wolfgang Schüssel, Vizekanzler, Außenminister und vor allem Bundeskanzler der ÖVP, hat mit seinem Slogan „als Dritte in die Opposition“ dem Wahlkampf ein ganz neues Bild gegeben.

für Tagesmütter durch ein „Berufsbild“ zu verstaatlichen.

Ich möchte dagegen die Staatsaufgaben auf allen Ebenen kritisch hinterfragen: Kann eine konkrete Aufgabe von einer bürgernäheren staatlichen Stelle oder von einer privaten Initiative nicht ebenso gut oder besser besorgt werden? Daher trete ich auch vehement für einen staatlichen Aufbau ein, der durch stärkere Bundesländer und Gemeinden geprägt ist. Daher will ich auch die Steuern und die sonstigen Abgaben senken: Nur so kann der Staat zum Abbau der Bürokratie und zu einem leistungsorientierten öffentlichen Dienst angehalten werden.

Das bürgerschaftliche Engagement baut auf grundsätzlich drei Motivationsrängen auf: Das eine Motiv ist die gerade bei uns weit verbreitete Solidaritätsbereitschaft. Dem anderen helfen wollen, Not lindern, teilen wollen, zupacken, wo Hilfe nötig ist.

Die zweite Motivation ist die Selbstverwirklichung: Die Sinnvolle Freizeitgestaltung gemeinsam mit anderen, das Schaffen eines Freiraumes, der Einsatz dort, wo man über sein Handeln selbst bestimmen kann, die Spontaneität und die Freiwilligkeit. Dazu kommt

als dritte Motivationswurzel: Verantwortung übernehmen zu wollen und dafür Anerkennung zu finden.

Wie alle diese Motivationen zusammenspielen und durch die rein organisatorische öffentliche Unterstützung effektiv werden können, zeigen die Nachbarschaftszentren. Die ehrenamtlichen Helfer schenken dort Mitbürgern Zeit und Zuwendung – sie kaufen für ältere oder kranke Menschen ein, plaudern mit Vereinsamten, die ihre Wohnung nicht mehr verlassen können, organisieren Gesprächsgruppen, bieten Hilfestellung in Lebenskrisen, vermitteln Hauskrankenpflege und helfen auch bei Problemen mit der wenig flexiblen Bürokratie. Diese Einrichtungen sind schon heute sehr wichtig, sie werden aber in den kommenden Jahrzehnten, wenn unsere Gesellschaft mit den Folgen der Überalterung zu kämpfen haben wird, nicht mehr wegzudenken sein.

Menschen, die sich in der Bürgergesellschaft engagieren, erfahren die Gültigkeit von Werten vorangetragen „am Anfang“. Besonders für junge Menschen ist das wichtig. Gerade in einer freiwilligen Arbeit füreinander können sie erleben, daß Leistung, Fleiß,

Korrektheit, Pflichterfüllung mehr sind als sinnentleerte Floskeln. Sie können spüren, daß diese scheinbar „veralteten“ Werte zu vielen Zielen ihrer Generation sehr gut passen: zu Toleranz, Selbstverwirklichung, Engagement, Emanzipation, Abwehr von Formalismen und Hierarchien, Anteilnahme, Gebrauchswert, Einsatz für Minderheiten und Randgruppen.

Die Foren und Organisationsformen der Bürgergesellschaft helfen jungen Menschen, Werte zu überprüfen, und so für sich zu einem gültigen Wertesystem zu gelangen. Das ist heute viel schwerer als noch vor wenigen Jahrzehnten: Als wir Kinder waren, waren die kirchlichen Strukturen noch unangefochten, waren die Kirchen als Wertespender intakt. Auch ich bin geprägt von der katholischen Jugendarbeit – ich habe als Bundesjugendführer in Österreich Verantwortung getragen, in einer großen Gruppe, die man heute bürgerschaftlich nennen würde, in einer Jugendgruppe, die einen klaren gemeinsamen Grundwertekatalog hatte nicht auferlegt, sondern geglaubt, weil wir glauben konnten und durften. Heute sind der Glaube und das Glauben schwieriger geworden. Wer sich seine eigenen Grundwerte erarbeiten und auferlegen muß, ist damit alleine nur zu oft überfordert. Bürgergesellschaftliche Strukturen, die freigewählte Gemeinschaft mit Gleichgesinnten können aber helfen.

Wir können auch in diesem Zusammenhang optimistisch in die Zukunft blicken. Denn immer mehr ÖsterreicherInnen fragen längst nicht mehr in erster Linie danach, was die Gemeinschaft für sie tun kann. Sie fragen sich, was sie für die Gemeinschaft tun können.

„Die Wirklichkeit ist immer das schönste Zeugnis für die Möglichkeit“, sagte schon Johann Nestroy. Gemeinsam sind wir für die Zukunft verantwortlich. Gemeinsam gestalten wir sie.

Alles ist möglich Aus einer Posse wird Ernst

Politische Großereignisse, wie Nationalratswahlen, pflegen nicht immer nur dramatische oder gar tragische Ereignisse zu sein, manchmal fehlt auch das Groteske und das Komische nicht.

Eine solche „denkwürdige“ Tatsache ist diesmal, das nicht nur Parteien wie „Die Grünen“ auftreten, sondern, daß auch ein Mann von sich reden macht, von dem man ursprünglich annahm, er werde die Hauptfigur einer Posse sein. Aber dieser „Neuankömmling“ hat sich eine eigene neue Partei angeschafft, die DU, zu deutsch

seiner Aussage), die er „Mausi“ nennt, diese Christina nun – eine Dame der Grünen hat sich empört, „Mausi“ sei antifeministisch – scheint einen eigenen politischen Ehrgeiz und auch gewisse Talente zu besitzen, denn sie tritt auch recht erfolgreich im Wahlkampf auf. Böse Stimmen behaupten, sie sei es, die ihren „Mörkel“ in die Politik treibe.



Der Kasperl führt Österreich aus. Viel Belächelung, aber zuletzt doch auch ernstgenommen: Baumeister Lugner, links in einer Selbstkarikatur, rechts mit Frau „Mausi“ Christina und Tochter.

„Die Unabhängigen“, so wie er früher prominente Damen der Filmwelt – oft für betrügerische Dollar-Gagen – in eine Loge zum Opernball gebracht und sich damit ein Plätzchen in den Klatschkolumnen mancher Zeitungen gesichert hatte. Nämlich man eine Zeitung an, der Baumeister Lugner tue dies, um sein Geschäft – er ist Chef entsprechender Firmen – zu fördern, so stellte sich spätestens seit der Bundespräsidentenwahl heraus, daß es um seine persönliche Geltung geht. Nicht ganz ohne Erfolg, denn bei den erwähnten Wahlen brachte er es sogar auf an die zehn Prozent der Stimmen.

Lugner, den Michael Jeanneret, der Gesellschaftsredakteur der „Kronenzeitung“, „Mörkel“ getauft hat, besitzt eine Ehefrau (die vierte laut

Darüber hinaus wird auch noch behauptet, es gäbe hinsichtlich des Programms der DU Streitigkeiten der Ehepartner, so daß eine Abspaltung unter „Mausi“ denkbar sei. Aber das ist wohl nur Zeitungsgeschwätz. Von Lugner ist zu sagen, daß er einen Wahlkampf bis zur äußersten Erschöpfung führt und sogar so humorvoll ist, seinen eigenen Spitzenmann „Kasperl“ in besonders komischen Wahlplakaten zu affizieren.

Natürlich ist der vielfach ernstzunehmende Kandidat Thomas Prinzhorn, Industriekapitän, der seine schon am Rande des Bankrotts stehende Firmengruppe – mit vielen Beteiligten in Oststaaten – triumphal aus der Krise gerettet hat. Geraume Zeit schon mit Haider und der FPÖ verban-

delt, war er Abgeordneter dieser Partei im Nationalrat, bis er sich 1998 mit Haider zerstritt und zwar ausgerechnet über dessen Ablehnung, in eine Koalition mit den Großparteien zu gehen. Jetzt taucht er also wieder auf, behauptet kühn, keiner Partei nahezustehen, obwohl etwa „News“ wissen will, er sei seit 1. Mai wieder Mitglied der FPÖ. Dieser „Fernseher“ tritt nun als Spitzenkandidat der Freiheitlichen auf und hat seine „Bereitschaft“ kandidiert auch Bundeskanzler zu werden, was bisher Jörg Haider vorbehalten war. Aber Prinzhorn sagte dazu, es komme ja auf die Künstler an, wenn die Haider für das Amt des Bundeskanzlers „freigegeben“, dann hätte er auch nichts gegen einen Kanzler Haider. Wir erinnern uns, daß Haider wiederholt versprochen hat, fünf Jahre Landeshauptmann in Klagenfurt zu bleiben. Aber seine Aussagen sind in letzter Zeit recht schwächlich geworden. Der Ballhausplatz ist halt doch eine recht anziehende Gegend.

Bezugnehmend auf unsere Anfangsbehauptung, es gäbe zwei Ungewissheiten: Lugner und Prinzhorn, so ist zu bemerken, daß natürlich Lugner nur insoweit eine Ungewissheit darstellt, als man noch nicht sagen kann, ob und wieviel er anderen Parteien, in erster Linie ÖVP, FPÖ oder SPÖ wegnehmen könnte. Er selbst kommt natürlich für ein Regierungsamt nicht in Frage. Aber die zweite Ungewissheit, Thomas Prinzhorn, Diplomingenieur und Harvard-Absolvent, ist schon eher eine Möglichkeit.

Wünschen wir uns, daß unsere Volkspartei stark genug wird, nicht nur um sich zu behaupten, sondern auch den Platz Eins beanspruchen zu können. J.E.

SPD-Niederlage ist Schröders Niederlage Deutschland geht voran

Die Frage, die uns patriotische Österreicher angesichts der Wahl am 3. Oktober bewegt, lautet: Wie kann unsere Volkspartei jene Position wiedererobern, die sie nach dem Kreig 25 Jahre behauptet hatte, die Nummer Eins in der Wählergunst zu sein und den Regierungschef zu stellen, in Koalitionen wie unter Figl, Raab, Gorbach und so weiter. Oder in einer ÖVP-Alleinregierung wie unter Klaus, dem an dieser Stelle unsere besonderen Grüße und Wünsche gelten sollen.

Wir werden das nur schaffen, wenn wir die gewaltigen Veränderungen im sozialen Aufbau unserer Gesellschaft in Rechnung stellen. Vielleicht ist die bestehende Bündnisorganisation obsolet. Vielleicht bräuchte es einen Mittelstandsbund zwischen Wirtschafts- und Arbeiterbund. Vielleicht eine eigene Organisation der Angestellten und Beamten.

Deutschland als Vorbild?

Wir sehen ja auch über unsere Grenzen hinaus und sollten zur Kenntnis nehmen, was die Menschen in unseren – vor allem westlichen – Nachbarländern bewegt.

Nicht nur in Österreich gehen die Wähler zu den Urnen. Auch in Deutschland haben Wahlen zu den drei Landtagen stattgefunden. Die Ergebnisse

bestätigen die Stimmungsbilder der vergangenen Monate. Die Rot-Grüne Regierung unter Schröder hat eine katastrophale Einbuße an Sympathien bei den Deutschen erlitten. Das hängt weitgehend mit den Sparmaßnahmen der Regierung – die eben nach Berlin rückübersiedelt ist – auf sozialem und fiskalischem Gebiet zusammen.

So hat Brandenburg – Berlin fehlt, weil es, wie bei uns Wien, ein eigenes Land darstellt – der Politik Schröders geradezu eine schallende Ohrfeige versetzt. Die SPD fiel dort von 54 Prozent auf 39 Prozent, ein Verlust von 15 Prozent. Und ein großer Erfolg der CDU, die von 18,7 auf 26,5 Prozent anstieg. Schröder hat darauf den Rat gegeben, man möge mit der CDU koalieren, nicht aber mit der postkommunistischen PDS, weil so eine rot-rote Kombi-

nation sich katastrophal für die SPD bei weiteren Wahlen auswirken würde.

Erstaunlich, ja Bedenken erregend, der Erfolg der PDS: Sie stieg von 18,7 Prozent auf 23,3 Prozent. Fast ein Viertel der Brandenburger, ungeachtet oder gerade wegen der Erinnerungen an die kommunistische DDR, stehen also zur Linksklinken. Das ist eine Erscheinung, die sich freilich auf Länder der ehemaligen DDR beschränkt.

Ablösung an der Saar

An der Saar sind die Ergebnisse für die SPD noch schlimmer. Hier in der Heimat des Schröder-Gegners und Linksvorkämpfers Lafontaine, löst die CDU sogar die SPD als Regierungspartei ab. Ihr Stimmenanteil beträgt 45,5 Prozent, jener der SPD nur 44,4, ein Verlust von 5 Pro-

zent. Hier freilich zählt die PDS nur zu fernem Liefen.

Beide Wahlen brachten aber schwere Niederlagen für die FDP, die einstige Koalitionspartei der CDU. Im Saarland kam sie nur auf 2,6 und in Brandenburg gar nur auf 1,8 Prozent. Berührend dagegen das Abschneiden der rechtsradikalen Republikaner: Im Saarland nur 1,3 Prozent. In Brandenburg zählen sie überhaupt nicht mit. In Thüringen gewann die CDU mit über 50 % die absolute Mehrheit, die SPD fiel unter 20% und wurde von der PDS überflügelt. Ähnlich katastrophal für die SPD Schröders endeten die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen: CDU 50,2 (40,0), SPD 33,9 (42,8) Grüne 7,3 (10,2) %.

Unsere unmittelbaren Nachbarn, die Bayern, mit denen uns ja doch manches verbindet, nicht nur Sprache und katholische Kultur, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung – in der sie uns übrigens ganz schön voraus sind – und natürlich die gemeinsamen Agrarinteressen und die gleiche Landschaft.

Diese Bayern haben es glänzend verstanden, nicht zuletzt dank des allzu früh verstorbenen Franz Josef Strauss, eine sehr starke und einheitliche Partei aufzubauen. Gewiß hat die CSU eigene Organisationen für Wirtschaftstreibende, Bauern und für Arbeiter und Angestellte. In Bayern stehen all diese Organisationen sehr streng unter der Fachtel der Partei-Zentrale. So zeigt die Christlich-Soziale Partei in Bayern das Bild einer kraftvollen und sogar kämpferischen Partei, in der es zwar Widersprüche, geteilte Meinungen gibt, in der aber Parteidisziplin groß geschrieben wird. In allerletzter Zeit will es scheinen, als ob es in der



Die Schausse voll von Schröder! So titelte eine deutsche illustrierte einen Bericht über das Wahlergebnis der SPD bei Landtagswahlen an der Saar und in Thüringen. Schröders Reform- und Sparpolitik habe ihm das Vertrauen der Wähler geraubt, heißt es in Deutschland.



Die Eiche aus Bayern: Edmund Stoiber, Bayerns Ministerpräsident regiert sein Heimatland ganz im Stil von Franz Josef Strauss. Jetzt triumphiert Stoiber über Gerhard Schröder, obwohl er in eigenen Haus gerade auch Ärger genug hat.

ÖVP einige vielversprechende Ansätze gäbe, um dem guten Beispiel ein wenig zu folgen. Da kann man nur sagen, „Hopp auf“ meine liebe ÖVP, spring über alte Vorurteile.

Was ist die Volkspartei?

Die Lage ist ja nicht so einfach. Woraus besteht die Volkspartei? Nach alten Vorstellungen besteht sie aus Wirtschaftstreibern, vom Großindustriellen bis zum kleinen Geissler, aus Arbeitern, Beamten und Angestellten und natürlich vor allem aus den Bauern. Den Grundstock der Partei bildeten katholische Kräfte und liberale Kreise, die sich 1945 vereinigt hatten, um in Wien und in den Bundes-

ländern diese Partei ins Leben zu rufen.

Aber die Dinge haben sich grundlegend verändert. Der Massenstrom zur Katholischen Kirche ist versiegt, der noch Anfang Mai 1945 bei dem Friedensgottesdienst in St. Peter und noch mehr bei der Fronleichnamprozession, mitten unter den erstaunten Blicken mit Kalaschnikows bewaffneter Sowjetsoldaten triumphal abgehalten, überdeutlich sichtbar wurde.

Veränderte Kirche in veränderter Gesellschaft

Doch dieser Massenstrom hat sich leider, in den Jahren seit 1970, in das Gegenteil verwandelt. Zwar sind es nicht

Strome, die die Kirche verlassen, aber immerhin Bäche, die sich summieren.

Viele, sehr viele, bleiben zwar in der Kirche, kümmern sich aber nicht um sie. Und viele, leider sehr viele, gehören zu den Aufmüßigen, denen nichts an dieser Kirche mehr recht ist und die die Kirche am liebsten wie ein Parlament regiert und am Schluß wohl noch einen weiblichen Papst erwählt sehen möchten.

Verständlich, daß mit diesen Entwicklungen auch die traditionelle Unterstützung für die Volkspartei schwindet.

Und die zweite bürgerliche Gruppe – die Liberalen? Erstens gibt es kaum mehr echte Liberale, da hat Hitler ideologisch furchtbar aufgeräumt.

Und zweitens gehen die meisten – soweit es sie noch gibt – nach zwei Seiten auseinander: zur FPÖ und zum Liberalen Forum. Und dann kommt womöglich als Hauptvorwurf die uralte liberale Masche: Ihr seid zu klerikal! Also hat es die Volkspartei schwer anhängen an sich zu ziehen, es sei denn, wir bringen neue Gedanken und neue durchführbare Programme zur Welt. Ein neues Verhältnis vom Staat zu den Werktätigen, zu den Frauen, den Müttern, den Kindern. Ein neues Verhältnis zur Wirtschaft und ein neues Verhältnis zu Professoren, Schülern und Studenten. Denn dort bei der Wissenschaft, den neuen Technologien und ihrer menschengerechten Anwendung liegt die Zukunft. J.E. ■

Khol: „Am Anfang ist der Bürger“

Mein politisches Credo

Aus „Mein politisches Credo, Aufbruch zur Bürgersolidarität.“ von Andreas Khol; erschienen im Molden-Verlag

Gelebte und belastbare, geprüfte und funktionierende Bürgersolidarität ist die Antwort auf wichtige Mängelerscheinungen unserer Gesellschaft. Diese Mängelerscheinungen sind leicht zu erkennen und in ihrer Bedeutung auszumessen. Ist die Bürgersolidarität aber wirklich die Antwort? Stiften sie Sinn? Entlasten sie den Staat? Macht sie das örtliche Leben sicherer? Bietet sie Mitbestimmung? Verleiht sie damit unsere Demokratie? Fragen über Fragen, die im folgenden beantwortet werden sollen.

Bundespräsident Dr. Thomas Klestil hat in seinem Buch „Themen meines Lebens“ neue Handlungsräume für die Bürger gefordert: „Die Demokratie lebt von der Durchlässigkeit für neue Kräfte, von der Einbindung beiderer Initiativgruppen ohne sofortige Vereinnahmung; von der permanenten Rückkoppelung zwischen Bürgern, Parteien und Institutionen ... Wenn sich Staat und Parteien aus dem Leben der Menschen ein Stück zurückziehen, dann gewinnen die Bürger neue Handlungs-

räume. Ich halte es für eine ganz entscheidende demokratische Bewährungsprobe, daß uns dies gelingt. Die Republik der Bürger als Ziel unserer Bemühungen kann aber nur funktionieren, wenn er auf diese Verantwortung vorbereitet und angeleitet werden.“

Die Politik kann nur bürgernah werden, wenn die Bürger bereit werden, politisch zu sein. Die naheliegende Frage – „Was können wir Bürgern tun?“ – ist in Österreich noch sehr ungewohnt. Wir müssen uns rasch an sie gewöhnen. Die richtige Devise für das 21. Jahrhundert heißt also nicht: „Am Anfang ist der Staat“, sondern: „Am Anfang ist der Bürger.“

Auch die Schleswig-Holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis, eine Sozialdemokratin, trat am 30. September 1997 in Wien für eine neue Bürgergesellschaft ein und forderte eine Gesellschaft aktiver und solidarischer Bürgerinnen und Bürger: „Die Gesellschaft wäre nicht frei, wenn die Menschen keine Verantwortung für sich selbst trügen. Die Gesellschaft wäre nicht human, wenn



Ein Mann mit Entschlossenheit

Als energiegelicher und auch manchmal harter Mann gilt der Generalsekretär der Volkspartei Professor Dr. Andreas Khol.

niemand mehr die Verantwortung für andere übernehme.“

Ausländische Vordenker der Bürgergesellschaft, Michael Walzer und Charles Taylor, verstehen die Bürgergesellschaft als politisches Gegenstück zur Staatsmacht, die für eine freie Gesellschaft grundlegend ist. So meint Charles Taylor: „Freiwillige Zusammenschlüsse für jeden erdenklichen Zweck sind etwas Wertvolles. Doch besteht

ihre besondere Bedeutung darin, daß sie uns an den Geschmack und die Übung der Selbstbestimmung gewöhnen und daraus sind Vereinigungen zu politischen Zwecken unabhängig. Wenn sie aber wirklich Orte der Selbstbestimmung sein sollen, dürfen sie nicht übermäßig groß sein, müssen zahlreich sein und auf vielen Ebenen der Gemeinschaft existieren. Dieses Gemein-

sen muß dezentralisiert sein, so daß Selbstbestimmung auch auf lokaler, nicht bloß auf nationaler Ebene praktiziert werden kann; wenn sie dort verkümmert, ist sie hier in Gefahr." (Sources of the Self, The Making of the Modern Identity).

All dies scheint graue Theorie zu sein, „social engineering“, bloße Gesellschaftstechnik. Das deutsche Bundesland Baden-Württemberg wollte es aber dabei nicht bewenden lassen und Genaues wissen. So beauftragte das Sozialministerium von Baden-Württemberg das sozialwissenschaftliche Institut für Gegenwartsfragen (SIGMA), die Praxis in einer typischen deutschen Stadt zu erforschen. So entstand die inzwischen berühmt gewordene Geislingen-Studie (1995), so benannt, weil die Bürgerinnen und Bürger der deutschen Stadt Geis-

lingen hinsichtlich ihrer Meinungen zur Bürgergesellschaft erforscht wurden, mit der Forschung mitgingen und damit eine Unterlage schaffen halfen, für die jeder Politiker dankbar ist: Über die Theorie hinaus werden wichtige Erkenntnisse für die Praxis erschlossen. So kann auch aus „Gesellschaftstechnik“ eine konkrete politische Konzeption erarbeitet werden. Im folgenden stütze ich viele meiner Vorschläge in manchem auf die Geislingen-Studie, dem Vademecum für eine Vision der Bürgergesellschaft als Ergebnis der Bürgersolidarität.

Die Selbstorganisation gesellschaftlicher Kräfte

Die Bürgergesellschaft wird nicht staatlich angeordnet, höchstens ihr Rahmen

dafür wird vom Staat geschaffen – das Entscheidende ist die Privatinitiative, die Selbstorganisation initiativer Bürger und Bürgerinnen, die zu einer Vielfalt kleiner und vorwiegend örtlicher Vereinigungen, Gruppen und Initiativen führt. Diese steuern ihre Tätigkeit selbst, wählen ihre Vertreter und erzaumen sich. Neben den kleinen Gruppen treten auch große Gruppen auf, die sich in Zweigvereine und Untergruppen teilen, Dachverbände von unten nach oben oder von oben nach unten bilden. Die Verzahnung der kleinen mit den Großen, die Konkurrenz verschiedener Gruppen, all dies macht die Bürgergesellschaft aus.

Dem Prinzip der Selbstorganisation folgt zwingend der Grundsatz, daß Bürgergesellschaft nur dann funktionieren kann, wenn das die Bürgerinnen und Bürger auch so wollen. Die einzelnen Gruppen und Netzwerke müssen im Rahmen des Grundkonsenses angesiedelt sein: rechts- und linksextreme Gruppen, bizarre Einzelinitiativen stehen außerhalb. Was ich als Grundkonsens in der österreichischen Gesellschaft, als Ergebnis des Gesellschaftsvertrags im ersten Teil automatisch dargestellt habe, was in der Geislingen-Studie als Sammlung „klassischer Bürger-tugenden“ bezeichnet wird, ist die Voraussetzung für den Gemeinsinn. Die Geislingen-Studie nennt das im Fachjargon der Gesellschaftswissenschaft, aber doch recht ausdrucksstark, „soziale Bindungsenergien“. Ohne diese Verbundenheit, ohne das bewußte Annehmen von Verantwortung füreinander funktioniert keine Bürgergesellschaft. Dieser Gemeinsinn muß nicht in allen Bürgerinnen und Bürgern bestehen, er muß auch nicht umfassend sein. Viele Bürger halten sich heraus – machen nicht mit; viele Bürgerinnen und Bürger machen mit, aber nur auf bestimmte Verhaltensbereiche beschränkt. Solange die Grenzen des Gesellschaftsvertrags

nicht gesprengt werden, paßt das alles hinein in den Gemeinsinn.

Die bürgerschaftliche Mitarbeit zur Mitarbeit

Gute Absichten allein genügen nicht – die Bürgergesellschaft braucht Personen, die handlungsbereit sind, also Verantwortung für sich und andere übernehmen, Personen, die sich einbringen. Mitgliedschaft in den Vereinen hat unterschiedliche Gründe. In jedem Fall spielt Nutzen eine Rolle: Eigennutz, Nächstenliebe, Gestaltungswille. Für Funktionen, also für den Vorsitzenden, Kassier, Schriftführer, Jugendwart usw., Kandidaten und Kandidatinnen zu finden ist dann schon schwerer. Hier müssen Zeit, Sachkunde und Zivilcourage, also Bürgermut eingebracht werden. Dies kann dann immer nur von einem kleinen Prozentsatz der oben genannten 40 Prozent Handlungsbereiten erwartet werden.

Neben der Bereitschaft zur Mitarbeit ist auch noch eine objektive Voraussetzung notwendig, die Eignung: Kenntnisse, Sachkunde, charakteristische Merkmale. Fähigkeit zur Kommunikation, Miteilbarkeit, Sendungsbewußtsein. Die Überzeugung und der Wille, etwas beizutragen, sich in andere hineinfinden zu können – all dies ist wichtig.

Auch dies ist eine selbstverständliche Bürgertugend für erfolgreiche solidarische Arbeit, aber auch schwierig: Konflikte aussprechen und lösen können, überstimmt werden, sich überstimmt lassen und trotzdem zur Gruppe stehen, sich nicht durchsetzen und doch mitmitten! Das ist wieder Voraussetzung für gutes Führungsverhalten: Wer gut gehorcht, kann gut befehlen – eine alte Weisheit aus unseren Latein-Lehrbüchern. Je mehr Konflikte so friedlich gelöst werden, um so stärker ist der Zusammenhalt und die Gruppenidentität: also keine Idyll!

Opfergedenken

Engelbert Dollfuß vor 65 Jahren ermordet

Ein geladen von der Kameradschaft GRÜN-WEISS und unserem Wiener Landesverband hat am 24. Juli 1999, 10.00 Uhr, dem Tag, an dem vor 65 Jahren bei einem Putschversuch brauner Mörderbanden Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß als Opfer gefallen ist, in der Kirche St. Michael, Wien 1, in ihrem Einzugsgebiet hat der Heldenkanzer gewohnt und ist auch am Ballhausplatz gestorben, ein Gottesdienst stattgefunden.

Bei dieser Messe ist seiner und aller Kameraden gedacht worden, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus oder für ihre geliebte Heimat Österreich ihr Leben verloren haben. Der zelebrierende Priester Hofrat Monsignore Dr. Sumner, Militärkanzer, führte in seiner Predigt aus, der Heldenkanzer sei ein leuchtendes Vorbild für alle Kämpfer gegen den Nationalsozialismus und seinem Unrechtsstaat gewesen. Wir danken allen, die unserer Einladung Folge geleistet haben: an der Spitze der Ehren-Bundesobmann der ÖVP Altvizekanzler Mock, die Enkelin von Dr. Dollfuß Frau Dr. Claudia Tancits, die mit ihrem Ehemann dem Generalsekretär des ÖAAB und ihrem Sohn gekommen war und in Fürbitten ihres Großvaters gedacht hat. Weiters den Mandatären der ÖVP, den Vertretern der WKV und der KÖL, die in Couleur erschienen sind, sowie all jenen Kameradinnen und Kameraden, die trotz der Urlaubszeit unserer Einladung gefolgt sind.

Mit „Auf zum Schwure, Volk und Land“, jenem Lied, das bei der damaligen illegalen Großkundgebung der katholischen Jugend am 7. Oktober 1938 in St. Stephan in Wien mit Begeisterung, allen Schikanen der Nationalsozialisten zum Trotz, gesungen worden ist, schloß diese würdige Gedenkveranstaltung.

Dr. Hubert Jurssek

Erhard Busek

Österreich und der Balkan

Über den Balkan zu schreiben, ist nicht nur am Ende des 20. Jahrhunderts ein äußerst schwieriges Unterfangen. Seit Menschengedenken handelt es sich dabei um eine Region Europas, die voll von Konflikten, Verwerfungen, Kriegen und Verbrechen ist. Dennoch glaube ich, daß man mit dieser Bewertung dem Balkan, besser gesagt dem Südosten Europas, unrecht tut. Wo nun einmal eine lange Geschichte und viele Geschichten zu erzählen sind, gibt es viele Unannehmlichkeiten, die immer wieder gegenüber den positiven Leistungen und spannenden Herausforderungen in der Aufmerksamkeit der Menschen überwiegen. Trotzdem ist es notwendig, sich mit Südosteuropa auseinanderzusetzen, denn zweifellos wird das europäische Schicksal in hohem Ausmaß vom politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehen dieser Ecke des Kontinents bestimmt.

Daß Österreich in vieler Hinsicht involviert war und heute noch betroffen ist, kann auch derjenige nicht leugnen, der die österreichische Staatsgrenze am liebsten auch als Grenze der Europäischen Union ansehen möchte. Aber die Brandherde der letzten Jahre haben sich vor allem hier abgespielt, und die Welt konnte weder an den Auseinandersetzungen in Bosnien-Herzegowina noch an den Krisen Albanien und schon gar nicht am Kosovo-Konflikt vorbeigehen. Damit sind aber nur die Schlagzeilen genannt, nicht jedoch jene Elemente, die uns oft vom „Pulverfaß Balkan“ sprechen ließen. Als Österreicher sich mit diesen Problematiken nicht auseinanderzusetzen, hieße Wirklichkeitsverweigerung zu betreiben, denn das Geschehen in dieser Ecke Europas hat uns weder früher noch heute unberührt gelassen.

Zunächst einige Vorbemerkungen: Ich plädiere dafür, diesen Teil Europas Südosteuropa und nicht „Balkan“ zu nennen. Meine Begründung liegt im Sprachgebrauch: Mit dem Begriff „Balkan“ sind keineswegs nur geographische Assoziationen verbunden. Wer das Wort von der „Balkanisierung“ verwendet, meint einen Zustand, der allen Arten von Konflikten, ja von Atomisierungen gesellschaftlicher Verfaßtheiten entspricht. Es wird wohl niemand bestreiten, daß der Begriff „Balkan“ nicht gerade im freundlichen Sinn verwendet wird.

Gleiches gilt für den Balkan, wobei eigentlich nur ein Land, nämlich Bulgarien, wirklich als Balkanland bezeichnet werden kann, da ein gleichlautender Gebirgszug in diesem Land Namensgeber für die ganze Region wurde. Die abwertende Assoziation des Wortes „Balkan“ ist nicht nur auf unsere Zeit beschränkt: Schon Metternich wurde die Bemerkung, am Wiener Rennweg beginne der Balkan, zugeschrieben. Wie immer er es gemeint haben mag, es war eine deutliche Abgrenzung gegenüber jenen Gebieten, die quasi hinter Wien – und damit hinter der geordneten Welt – liegen. Johann

Wolfgang von Goethe sprach in seinem „Faust“ davon, daß „weit hinten in der Türkei die Völker aneinander schlagen“. Goethe meinte damit zweifellos nicht das Osmanische Reich mit seinem Besitzstand in Mesopotamien, Ägypten oder Tunis, sondern naturgemäß den europäischen Anteil, in dem schon der Sultan seine liebe Not hatte, die Oberhoheit zu erhalten, da das steigende

Nationalbewußtsein der unter der Hohen Pforte vereinten Völker den Bestand dieses Reiches schon geraume Zeit gefährdet hatte. Als auslösendes Moment vor dem Ersten Weltkrieg schwirren die „Balkanriege“ durch die Geschichte. Angesichts der gegenwärtig unübersichtlichen Situation werden natürlich historische Parallelen gezogen, wobei es ironisch, aber auch belehrend sein mag, daß das 20. Jahrhundert mit Kriegen auf dem Balkan eingeleitet wurde und mit Konflikten ebenda endet. Die Literatur zu diesem Thema ist inzwischen sehr reichhaltig geworden, die Vereinfachungen allerdings auch. Texte wie „Wenn es Nacht wird am Balkan, werden die Messer gezogen, vermitteln ein bestimmtes Bild von Blutrünstigkeit, die in die Stereo-

typen, die wir verwenden, längst Eingang gefunden haben. Obwohl das deutsch-französische Verhältnis durch Jahrhunderte von einem ungeheuren Blutzoll gekennzeichnet war, wird es heute anders verstanden und bewertet als die Kriege und Konflikte im südosteuropäischen Raum. Die Grenzen entlang des Rheins veränderten sich ebenso häufig wie die am Balkan – nur eben nach anderen Gesetzen. Eine alte Ethnologie hat sich in Form eines Vorurteils als besonders einflußreich erhalten, das wir auch heute noch vorfinden: So ließen sich angeblich die „Slaven“ von den „Sklaven“ ableiten – die Abwertung ist nicht zu überhören. Die archaische Sozialstruktur wird auch heute noch als Grund für Konflikte angegeben: Die Albaner werden als in Familien und Clans organisiert (Kosovo) beschrieben, und die Blutrache beherrscht das mediale Erscheinungsbild ebenso wie die patriarchalische Lebensform.

Der Umgang des Westens mit dem Südosten Europas war und ist streckenweise von Radikalität und Zynismus gekennzeichnet. Es blieb dem damaligen britischen Premier, John Major, vorbehalten, zur Befriedung des Bosnienkriegs das Rezept „let us blood them out“ anzubieten. Als nach dem Zerfall des alten Jugoslawiens vorgeschlagen wurde, an die Grenzen der aus den alten Teilrepubliken entstandenen Staaten Truppen zur Verhinderung von Konflikten zu positionieren, wie es später erfolgreich für die frühere Teilrepublik Mazedonien geschah, lehnte man mit dem Argument der zu hohen Finanzierungskosten ab. Inzwischen haben die Konsequenzen dieser Unterlassung ein Vielfaches gekostet und werden den europäischen Steuerzahler noch mehr belasten. Premier Major hat die Truppenstationierung mit dem Bemerkung abgelehnt, Nordland habe schon genug englischen Soldaten das Leben gekostet. Bei einer Parteiführerkonferenz der Europäischen



Der Vater der „bunten Vögel“ Erhard Busek, Fachmann für Südostfragen, einst Generalsekretär der Volkspartei und Außenminister. Als Landesobmann von Wien umstritten. Befragt er sich heute intensiv mit Fragen etwa des Balkans.

► Demokratischen Union (EDU) in Paris im Herbst 1991 hielt ich Major entgegen, daß der Krieg um die Falklandinseln auch Menschenleben gefährdet hat. – Die Belehrung, die Falklandinseln seien „Great Britain“, erfolgte prompt. Mein Hinweis auf die britische Teilnahme am Golfkrieg bescherte mir die Antwort, daß dort eben Öl gewonnen werde. Es blieb mir nichts anderes übrig, als etwas ironisch darauf zu antworten, man hätte vor drei Tagen auch in Sarajewo Öl gefunden ...

Leider beherrschen die alten Denkmuster auch so manche Staatskanzlei. So wußte bei vielen Kontakten mit dem französischen Außenministerium deutlich, daß der Quai d'Orsay das Zerbröckeln der politischen Lösungen nach dem Ersten Weltkrieg noch immer nicht recht zur Kenntnis nehmen will und der alten Tschechoslowakei und dem damals geschaf-

ten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) nachtrauert. Erst François Mitterrand drängte diese Politik zurück, da er den Protest der französischen Intellektuellen gegen die einseitige Unterstützung der Kommunisten in Belgien ernst nahm.

Ich war sehr betroffen, als mir der britische Außenminister Douglas Hurd bei einem offiziellen Besuch in London vorbehielt, Österreich wolle Slowenien als zehntes Bundesland und – wie schon immer – mehr Macht am Balkan. Ich habe ihn gebeten, die alten Dossiers über Österreich aus der Zeit vor 1914 doch endlich ins Archiv zu geben, um Vorurteile dieser Art aus dem Weg zu räumen. An diesem Beispiel erkennt man, wie sehr die Ost-West-Teilung manche Räume Europas und ihre eigenständige Entwicklung aus dem Bewußtsein – selbst aus dem der Politiker – verdrängt hat.

Das neue Europa

Diese Umstände sind heute durch die gewaltigen Veränderungen, die seit dem Jahr 1989 geschehen sind, wieder aktuell und problematisch und für Europa äußerst relevant geworden. Wir haben damit zu kämpfen, daß wir nicht nur die Vielfalt im Raum der ehemaligen Sowjetunion, sondern auch die Unterschiedlichkeit und Komplexität in Südosteuropa lange ausgeblendet hatten. Die „Pax Sowjetica“ hat uns mit ihrem System der Beherrschung durch Moskau ein falsches Bild wiedergegeben. In Jugoslawien gelang es Mischall Tito für lange Zeit, die inneren Spannungen zu überbrücken, zu verdecken, aber auch zeitweise einen erfolgreichen Versuch zu unternehmen, ein wirklich gemeinsames Jugoslawien herbeizuführen. Nicht zuletzt ist Josip Broz Tito einmal als „der

letzte Habsburger“ bezeichnet worden. Man weiß nicht genau, ob damit jene familiäre Tradition des Habsburgerreiches gemeint war, die unterschiedlichen Völker als Kinder einer Familie zu betrachten, oder ob es eher darauf angelegt war, Jugoslawien als einen nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen »Völkerkerker« zu beschreiben, wie dies vorher für die Habsburgermonarchie üblich war.

Jedenfalls hat der Fall des Eisernen Vorhangs 1989, die Desintegration von Tito-Jugoslawien 1991 und der Fall der Sowjetunion 1993 tiefe Spuren in Südosteuropa hinterlassen. Das allgemeine Interesse für diese Vorgänge war zunächst gering. Erst der Krieg in Kroatien und Bosnien-Herzegowina und die anschließenden Konflikte in Albanien und Kosovo haben ein größeres Interesse wachsen lassen. ■

Die Neigung zum Bösen Erlebnisse in einem deutschen KZ

70.000 vaterlandstreue Österreicher waren es, die Hitlers Schergen in die Konzentrationslager verschleppten. Viele wurden dort getötet, alle gequält und erniedrigt. Felix Hurdas, nach 1945 einer der Spitzenleute der Volkspartei und lange Jahre Minister, schildert in seinem Buch „Vater Unser“ (Herder Verlag) die Erlebnisse eines Österreichers in Dachau und die seelische Reaktion eines gläubigen Katholiken auf die entsetzlichen Greuel, deren Zeuge und Opfer er wurde. So schreibt er unter anderem:

Es gibt wohl im Leben jedes Menschen Tage, die man nicht leicht vergißt. Ein solcher Tag ist für mich auch der 24. Jänner 1939; übrigens wohl auch für viele, die ihn wie ich im Konzentrationslager Dachau verbrachten. Zunächst begann der Tag wie alle anderen: Vor dem Morgengrauen mußten wir von unseren Strohbänken, in aller Eile hieß es „die Betten“ machen, dann kam der übliche schwarze Kaffee, dann hieß es die ganze Baracke in Ordnung bringen, und schließlich ging es hinaus ins Freie zur Aufstellung vor der Baracke. An den kalten Wintertagen war es so, als ob wir in ein kaltes

Wasser springen. Einen Überblick gab es damals auch in dieser Jahreszeit nicht. Nach langem Herumstehen erfolgte der Aufmarsch auf dem Appellplatz zum „Zähl-Appell“. Wieder langes Herumstehen, bis das ganze Lager gezählt und die üblichen Meldungen an die Lagerleitung erfolgt waren. Dann hieß es: Weiter stehen bleiben, bis der Tag anbrach und die einzelnen Kommandos zur Arbeit aus dem Lager ausmarschieren konnten.

Wir „Isolierten“, das war der ganze Strafblock (die „schweren Fälle“), die „Zweimaligen“ (nach einer Entlassung aus einem KZ, wieder

verhaftet) und die „Bibel-forscher“ (besonders verfolgt, weil sie gegen die Tötung von Menschen und daher auch gegen den Militärdienst auftraten) hatten in dieser Zeit, ungefähr eine Viertelstunde vom KZ, Dachau entfernt, an der Errichtung eines großen Barackenlagers für die SS, zu arbeiten. Da die Fertigstellung dieses Lagers dringend war, wurde durch alle möglichen Antreiber (SS-Bewachung und Capos) dafür gesorgt, daß jeder bei der Arbeit sein möglichstes tat. Im übrigen hat schon die Kälte dafür gesorgt, daß jeder, der nur halbwegs konnte, sich ständig



Gründer der Volkspartei: Felix Hurdas. Am 17. April 1945 hatte Dr. Felix Hurdas junge und ältere Männer aus den Kreisen der ehemaligen Christsozialisten und des Widerstandes zusammengeholt und gründete mit ihnen die ÖVP. Später Generalsekretär, Unterrichtsminister und Nationalratspräsident, † 12.10.74

in Bewegung hielt, um die Kälte und den Schnee nicht so zu spüren. Wer dieses Arbeitstempo nicht mehr aushielt und daher „auffiel“, wurde erst recht hingenommen, so daß er früher oder später liegen blieb.

Wie an anderen Tagen, wurde auch an diesem 24. Jän-

ner 1939 nach Abschluß der Arbeiten vor Einbruch der Dunkelheit das Zeichen gegeben, sich auf einem Sammelplatz neben der großen Baustelle aufzustellen, damit die Arbeitspartei von einigen hundert Häftlingen vor dem Abmarsch in das Lager wieder abgezählt werde. Jeder lief auf das Zeichen im Marsch-Marsch-Schritt (gewöhnliches Gehen wurde als Faulheit bestraft) auf den Sammelplatz.

Diesmal dauerte das Abzählen länger als sonst. Es wurde ein zweites Mal gezählt. Aus der Meldung des ersten Capos an den Arbeitskommandoführer der SS, entnahmen wir, daß ein Mann fehlte. Sofort erlöste der Befehl: „Alles nieder! Das Gesicht gegen den Boden! Wer sich rührt, wird erschossen!“ Wir warfen uns sofort zu Boden. Mancher kam auf irgendeinen Körperteil seines Vorder- oder Nebenmannes zu liegen. Wenn wir auch eng nebeneinander lagen, spürten wir immer mehr unter uns den gefrorenen Boden. Links von mir rührte sich ein Mithäftling, der anscheinend besonders schlecht lag. Gleich knallte ein Schuß, pfliff an uns vorbei und traf einen Häftling am Oberarm. Plötzlich erlöste die Sirenen im Lager und in den SS-Kasernen. Man hatte Alarm gegeben. Eine weitere SS-Abteilung erschien, kriegsmäßig ausgerüstet, und trieb uns im Laufschritt ins Lager.

Ein Häftling aus unserer Stube fehlte, der zwei oder drei Tage vorher eingeliefert worden war. Niemand kannte ihn näher. Es hieß nur, daß er als angeblicher Rotspanienkämpfer verhaftet worden sei.

Auf dem Appellplatz waren schließlich alle Häftlinge des Lagers aufgestellt. Es waren viele Tausende. Ganz wenige, die im „Revier“ (in der Sanitätsbaracke) lagen, fehlten. Es war schon längst tiefe Nacht hereingebrochen. Die Scheinwerfer der Beobachtung- und Maschinengewehrtürme, die die spärliche Beleuchtung des Appellplatzes verstärkten, strichen über

unsere Kolonnen und ließen uns wie Gespenster erscheinen. SS-Männer mit Stahlhelmen und Maschinenpistolen kreisten um unsere Kolonnen, um nachzusehen, ob wohl alles stramm stehe. Dabei pfliff der nächtliche Jännersturm um unsere Kolonnen und fraß sich in unsere ausgerückerten und ausgehungerten Körper bis ins Mark. Besonders arg traf es die Kameraden, die an der Windseite in den Kolonnen standen.

So vergingen Stunden. Was hatte man mit uns vor? Es fing

an zu schneien. Auf einmal erlöste der Befehl:

„Mützen ab!“ Kommt jemand? Nein! Wir kamen bald darauf: Man wollte unsere Lage noch verschärfen: Nicht nur, daß wir keine Mäntel hatten, nun sollten auch noch unsere kahlgeschorenen Schädel ungeschützt dem Schnee ausgesetzt sein. Das Kältegefühl wurde noch unerträglicher. Nach einiger Zeit kam auch noch der Befehl, unsere Flüßlinge abzuziehen, so daß uns auch die bloßen Hände der Kälte ausgesetzt waren.

Hunger, Kälte und Schmerzen

Immer mehr fühlten wir auch die Strapazen des Stehens, die Füße wurden steif, in den Hüften und in den Leisten zog es, als ob dort Bleigewichte hingen. In unbeobachteten Momenten versuchten wir, die Füße etwas zu bewegen oder den Oberkörper etwas abzugeben. Ein Mann in der Nebenkolonie, ein angesehener ehemaliger Offizier, wurde dabei erwischt. Er bekam von einem SS-Mann einen solchen Faustschlag, daß er zu Boden fiel und kaum mehr aufstehen konnte.

Nach Mitternacht erfuhren wir aus der Äußerung eines SS-Mannes, daß wir solange stehen müßten, bis der Plüchling eingefangen sei.

Wir standen weiter. Es wurde zwei Uhr, drei Uhr, vier Uhr, fünf Uhr. Man kann nicht beschreiben, was die vielen Tausende von Stunde zu Stunde in dieser Nacht ertrugen.

Zu all den fast untragbar erscheinenden Schmerzen kam immer stärker auch der Hunger. Wir hatten seit dem Vortag nichts mehr in den Mägen bekommen.

Um sechs Uhr früh wurde das erlösende Wort gesprochen. Wir konnten in die Baracken. Wir waren so steif, daß wir zunächst gar nicht recht gehen konnten. In der Baracke bekamen wir einen schwarzen Kaffee und einen Bückling als das Nachtmaß vom Vortag.

Für uns „Isolierte“ kam aber bald eine recht unangenehme Überraschung: Während das andere Lager wieder seiner normalen Arbeit nachgehen konnte – wenn auch ohne in der Nacht geschlafen zu haben –, mußten wir wieder auf dem Appellplatz Aufstellung nehmen. Wir standen nun wieder wie in der Nacht, nur statt mehrere tausend nur mehr mehrere hundert des Isolierblocks. Wir standen zunächst den ganzen Vormittag in Reih und Glied. Mittags durften wir nicht in die Baracken einrücken, bekamen daher auch nichts zu essen. Nachmittag standen wir weiter. Es hieß, wir müßten anunterbrochen stehen bleiben, bis der flüchtige Häftling wieder hier sei.

Unser Zustand wurde so unerträglich, daß es einige vorzogen, den Tod zu suchen. Ich sah selbst, wie ein Häftling, bevor ein SS-Mann zur Stelle war, sich zu dem Lagergraben in die Nähe des Beobachtungsturmes schleppte, was zur Folge hatte, daß von dort sofort auf ihn geschossen wurde. Von drei Kugeln durchbohrt, sank er zusammen. An einer anderen Stelle ging ein Häftling aus der Kolonne in den elektrisch geladenen Stacheldraht und fand so den Tod.

Wir erfuhren erst nachher, daß der Lagerarzt auf Grund

dieser Vorgänge beim Lagerkommandanten durchsetzte, das weitere Straßstehen abzubrechen. Der Lagerarzt erklärte, daß die Häftlinge die Strapazen auch psychisch nicht mehr ertragen könnten. Daß das übrige Lager in der Freie nicht mehr zum Stehen antreten mußte, war auch nur auf eine energische Vorstellung des Lagerarztes beim Lagerkommandanten zurückzuführen, der darauf zurückkommen konnte, daß in der Nacht mehrere Häftlinge durch die übermäßigen Strapazen den Tod gefunden hatten.

In den vielen Stunden des quälenden Stehens in der langen Nacht und an dem darauffolgenden Tag hat mich der Gedanke nicht losgelassen: Wie wird der Lagerkommandant es einmal vor seinem ewigen Richter verantworten, daß er tausenden und aber tausenden Menschen dieses Leid zufügte? Wie wird er es verantworten, daß durch ihn Menschen, auf die daheim Angehörige warteten, den Tod fanden? Ist es nicht etwas Furchtbares um eine solche Schuld? Aber haben nicht andere Menschen vielleicht noch ärgere Schuld auf sich geladen?

Ist es nicht so, daß jeder diese Neigung zum Bösen in sich fühlt? Durch die Erbsünde der Stammeltern ist die menschliche Natur nicht mehr in jener Harmonie mit dem Schöpfer, der gesamten Umwelt und sich selbst, wie sie von Gott ursprünglich geschaffen worden war. Diese Harmonie ist zerstört, so daß die Menschen zu allem Ungeordneten und Bösen geneigt sind.

Selbst ein heiliger Paulus mußte in seinem Briefe an die Römer bekennen (Röm. 7, 22 ff.): „Dem inneren Menschen nach habe ich zwar Freude am Gesetz Gottes. Aber ich gehöre in meinen Gliedern ein anderes Gesetz, das dem Gesetz meines Geistes widerspricht und mich gefangen hält unter dem Gesetze der Sünde, das in meinen Gliedern herrscht.“

Rudolf Strasser

Für Österreich in den Vereinigten Staaten

Professor Dr. Rudolf von Strasser hat in einem Vortrag an der „Politischen Akademie“ seine Kampfzeit als Mitglied der Widerstandsgruppe Scholz und darauffolgende Haft in deutschen Gefängnissen bis zu Befreiung geschildert. Nach einem journalistischen Zwischenspiel in Salzburg ging Strasser nach Wien zurück und trat als Leiter der Presseabteilung in die Bundeskammer ein.

Als die Vertretung der Kammer in New York Fuß gefasst hatte, entsandte Julius Raab Rudolf Strasser als Leiter dorthin, umso mehr als sich die USA bald als der wichtigste wirtschaftliche und politische Partner Österreichs erwies. Hier folgt nun also der zweite Teil des Vortrags von Prof. Rudolf von Strasser: „Ich gehörte also zunächst zu der damals noch sogenannten Publizistenabteilung der Bundeskammer.“

Zunächst war dieses Referat nichts anderes als ein Englischsprachiges Dolmetschbureau. Die Amerikaner hatten immer wieder bemängelt, man könne mit Vertretern der ÖVP nicht reden, weil niemand Englisch spreche. Die Sozialisten dagegen, hatten etliche Funktionäre, die den Krieg in England oder des USA überlebt hatten. Es ging hier auch gar nicht um ÖVP-Minister. Aber es gab tatsächlich fast keine Mandatäre in Parlament, Landtagen oder im Parteienapparat, die mit den Engländern reden konnten. Das Gleiche galt natürlich auch für die Franzosen, aber die waren nicht so wichtig. Vergebens wurden Vertreter der Volkspartei paritätisch mit Sozialisten zu Empfängen und Nachtessen eingeladen. Zu Worte kam nur der, der auch die Sprache beherrschte oder dem

man durch Dolmetscher half. Diese Ur-Funktion des Referates hat sich sehr bewährt und zur Vertiefung der Kontakte, vor allem mit den Amerikanern, beigetragen.

Zwei Ereignisse brachten die immer wieder unterschiedlich fühlbaren Spannungen zwischen ÖVP und der Amerikanischen Verwaltung in Österreich an die Oberfläche. Nachträglich muß man sagen, daß beide selbst verschuldet waren und von den Sozialisten politisch geschickt ausgewertet wurden: Es ging in beiden Fällen um Malversationen im Zusammenhang mit dem eben erst angelaufenen Marshallplan: der eine betraf Importe und Provisionen, der andere, wie sich die Amerikaner ausdrückten: „Dollar Diversions“, also finanzielle Abzweigungen von Marshallplangeldern, auch auf Schweizer Konten.

Eine düstere Gestalt

Die Auslandsvertretungen der Bundeshandelskammer waren damals noch in ehrenamtlichen Händen. In New York amtierte damals ein eher düster wirkender Kaufmann, wenn ich mich recht entsinnere, aus Rumänien. Er hieß Sanford de Brun. Er fuhr öfters zu Julius Raab nach Wien, ich glaube eingeführt von BR Fritz Eckert, Raabs Alter Ego. Präsident Raab bewies keine gute Hand de Brun zum Leiter der Außenhandelsstelle in New York zu ernennen. De Brun war natürlich Kaufmann, der interessiert war, sein eigenes Nest zu polstern. Da aber die Außenhandelsstelle damals auch eine Art Anlaufstelle für die Informationen über ERP-Ausschreibungen war, hatte man de Brun de facto eine Art Priorität auf Geschäfte vor an-



Rudolf von Strasser
Aus dem Wirtschaftsfachmann
let ein bekannter Gläser-
Sammler geworden.

deren Österreichischen Handelsfirmen eingeräumt. Bereits im Mai 1948 wurde der österreichische Botschafter Kleinwächter Wien vor de Bruns üblem Ruf im State Department und daß er von jeder Tätigkeit im Zusammenhang mit dem ERP Programm „auflöst fernzuhalten sei“. Es ging um überhöhte Provisionszahlungen bei Importen von Blechen und Talg, woraus Rückzahlungsforderungen der Amerikaner in der Höhe von bis zu zwei Millionen Dollar resultierten. Das ganze wurde in der New York Times breitgetreten und von den Sozialisten mit Wollust weitergesponnen. Die New York Times ließ sich damals aus Wien vom Auslandskorrespondenten John Mc Cormack berichten, der Österreich nicht sehr gewogen war. Aber die Affäre de Brun wurde dann durch den sogenannten „Diversions Skandal“ der CA und der Länderbank weit in den Schatten gestellt. Die CA unter ihrem mächtigen Chef Josef Johann wurde damals in New York durch den Kaufmann Kurt Ulrich, die Länderbank durch den Ex-Importeur Friedrich Sanley vertreten. Den beiden Banken und ihren Vertretern wurden Unterschlagungen von etwa einer Million Dollar vorgeworfen. In Washington befaßten sich mehrere Kongresskomitees mit dieser Materie noch bis in das Jahr 1953.

Auch das Österreichische Parlament und Ministerielle Untersuchungsausschüsse wurden eingeschaltet. Zeitweise dech-

ten die Amerikaner die Marshallplanhilfe einzustellen. Die Auswirkungen auf die österreichische Innenpolitik kann man sich vorstellen. Johann und die ÖVP wurden als Schädliche schlechthin dargestellt, Johanns Kopf wurde gefordert.

Der Historiker Oliver Rathkolb zitierte in seinem Aufsatz „Wir selbst brauchen gar nicht hineinzu blasen“ einen Brief des an der Washingtoner Botschaft tätigen Diplomaten Ernst Lemberger vom 16.8.1952, in dem dieser die damalige Stimmung in State Department schildert. Adressat des Schreibens war Vizekanzler Adolf Schärf, Obmann der SPÖ, Lemberger, Mitglied der SP, der den Brief mit den Worten schließt: „Das State Department weiß genau, daß der entscheidende Schritt von Dir (also Schärf) gemacht wurde.“ (Gemeint ist hier Schärf's Eintreten für einen ministeriellen Untersuchungsausschuß.) Alle betonen, daß die Länderbank rein dastehende und das ganze eine blendende Sache für die Sozialisten sei. Worauf Schärf von Rathkolb zitiert wird: „Wir selbst brauchen gar nicht viel hineinblasen.“ Schließlich ebte auch diese mehr als unangenehme Affäre ab, vielleicht weil die Amerikaner höherer Ebenen das Koalitionsboot nicht sinken lassen wollten und sich in Österreich schon die kommunistische Presse des Themas annahm.

Die von den Amerikanern damals in einem Aufwaschen angestrebte Trennung der Österreichischen Banken in Kommerzielle und Investment Institute blieb aber bis heute unerfüllt. Selbst Johann überlebte. Die Nachwehen in Österreich waren aber noch lange fühlbar. Die Bundeskammer ersetzte die ehrenamtlichen Handelsdelegierten durch beamtete und hervorragend ausgebildete Außenhandelsstellenleiter. Sie schufen damit einen Exportförderungsapparat, um den auch viele Staaten beneiden.

Schon etwa 1948 hatte sich in Gesprächen mit freundlich

gesintten Amerikanern die Idee abgezeichnet, in den USA österreichische Informations- und Beobachtungsstellen einzurichten. Die Österreicher, die diese Stellen besetzen sollten, hätten eine Doppelaufgabe gehabt: Einmal in Amerika über Österreich aufklärend zu wirken, zum anderen Mal aber über die Demokratie in den USA nach Österreich zu berichten. So erschienen zunächst als geeignete Kandidaten österreichische Journalisten. Da sich aber in die Freude über eine solche Entwicklung bald der Wermutstropfen der Frage nach der Finanzierung mischte, hatten die Amerikaner folgende Idee. Man sollte das sogenannte „Political Leader Programm“, das den Zweck verfolgte junge Österreicher in das Programm aufnehmen, zu gleich ihnen eine Unterstützung von 300 Dollar im Monat zu geben.

Wenig Hilfe vom Botschafter

Ich selbst hatte schon 1950 auf diese Weise die USA kennengelernt und war von „coast to coast“ in Klubs wie Elks, Rotarier, Wornen als Berichterstatter über Österreich aufgetreten. Raab hatte auch den Regener Bürgermeister Leising und die SPÖ, den Energieminister Dr. Alfred Migsch, entsandt. Jetzt aber schrieben wir 1952 und standen mitten im Bankenskandal. Die USA aber standen vor Wahlen, durch die Truman und die Demokraten von Eisenhower und den Republikanern abgelöst werden.

Ich wurde also im Frühjahr 1952 von der Kammer beurlaubt und offiziell als Vertreter des ÖVP Pressedienstes zur Berichterstattung über die Wahlen und Vorwahlen 1952 eingeladen. Auf sozialistischer Seite erhielt den Zuschlag Dr.

Walter Hacker, Chef der sozialistischen Korrespondenz und Schwiegersohn des im Jahre 1934 prominenten Schutzbundgenerals Julius Deutsch, also sozialistischer Hochadel. Wenn auch nicht offiziell ausgesprochen, wurde doch erwartet, daß wir in den USA parteipolitische Informationstätigkeit entfalten konnten. Wie wir das anstalten, lag bei uns. Wir fuhren schnurstracks nach Washington und ich, für meinen Teil, begann neben meiner Zeitungsberichterstattung mit dem Aufbau eines Netzes von Kontakten, mit dem Ziel, das Bild der ÖVP und des bürgerlichen Lagers in den USA in einen objektiven Rahmen zu rücken.

Mit Elks und Rotariern

Mein Problem als Lobbyist in Washington lag aber weniger bei Amerikanischen Stellen, denn die konnte ich mir ja aussuchen. Ich mußte ja nicht ins State Department, wo noch immer Freunde der Sozialisten saßen und die obendrein aus erster Hand über die Zustände in Österreich informiert waren. Meine Probleme lagen vielmehr beim Österreichischen Botschafter und verschiedenen seiner Mitarbeiter. Einen politischen „Typ“ wie mich gab es ja im Antiskalender nicht. Ein Besuch bei einem US Senator stand mir eigentlich laut Dienstordnung nicht zu. An der Österreichischen Botschaft in Washington war streng geregelt, wer regelmäßig mit wem sprechen durfte und was. Schließlich wäre bei einigem Wohlwollen eine Sprache Regelung mit dem Botschafter möglich gewesen und das hätte mein Leben erleichtert. Auch sachlich hätte eine Absprache Dividenden abgeworfen. Doch der dem bürgerlichen Lager zurechenbare Botschafter wollte meine freilich oft parteipolitisch gefärbten Argumente weder akzeptieren noch weiterreichen. So waren Probleme vorgeprogrammiert.

So kam es anlässlich des Besuchs Generalsekretärs Ma-

ta und BR Eckert, die ich in den USA zu betreuen und auch zum Republikanischen Konvent nach Chicago zu führen hatte, zu einem kleinen Eklat. Botschafter Platzar beschwerte sich in meiner Anwesenheit, wohl sehr gewunden und stets unter Betonung der zwischen uns bestehenden Freundschaft, über meine Tätigkeit für die es doch keinerlei Regel in der Dienstordnung gäbe. Darauf erklärte Maleta, wieder in meiner Anwesenheit: „Lieber Herr Botschafter, wenn sie als Bürgerlicher unsere Interessen zu vertreten kaum bereit sind, so müssen wir versuchen, unsere eigenen Wege zu gehen“. Es ist aber wichtig, daß politische Parteien am Schnittpunkt weltpolitischen Geschehens ihre Gesichtspunkte vertreten und interpretieren. Das ist legitim. Denn schließlich sind ja die Parteien Träger der Demokratie und vertreten den Volkswillen direkt. Diesen auszusprechen sollte offen geschehen und nicht hinter vorgehaltener Hand. Heute hat sich diese Problematik entschärft, weil die Parteien auch nicht mehr so stark sind

und daher weniger Anspruch erheben können, für große soziologische Gruppierungen allein zu sprechen. Vermutlich war die Wahl von Journalisten als Partei-lobbyisten auch nicht so glücklich und es fänden sich heute reife und erfahrene Persönlichkeiten, die sich dieser Aufgabe unterziehen.

Damals war jedoch das Kommunizieren komplizierter und vor allem gab es im Lande durch die Anwesenheit der Besatzungsmächte eine zusätzliche nicht gewählte Regierung. So entstanden Probleme, denen man mit konventionellen Methoden, wie einer Dienstordnung nicht zu Leibe rücken konnte.

Über meine Tätigkeit in den USA 1952 wäre auch noch viel Anekdotisches zu berichten, nicht zuletzt, wie es mir gelang zwischen dem eben aus Paris eingeflogenen Kandidaten Eisenhower sowie Maleta und Eckert einen „Handshake“ vor Kameras herbeizuführen, der dann freilich einen wichtigen Aufmacher im Kleinen Volksblatt der ÖVP produzierte.“ ■

Geburtstage

Trude Loacker – 90 Jahre

Das verdiente Vorstandsmitglied unseres Tiroler Landesverbandes, Frau Trude (Wittrudis) Loacker ist am 8. August 90 Jahre alt geworden. Sie hat während der NS-Zeit unter Verfolgungen ihrer Eltern schwer gelitten. Trotz ihres Alters ist sie immer noch aktiv und für ihre Kameraden tätig. Wir danken ihr für ihre besondere Liebenswürdigkeit und Hilfsbereitschaft und hoffen, der Herr möge ihr noch lange Jahre ihre geistige Frische und körperliche Aktivität erhalten.

Eduard Goser, geb. 10.7.1914, hat seinen 85. Geburtstag vollendet. Er ist wohnhaft in Voralberg, 6690 Lustenau.

Hilke Schweigerbauer, geb. 28.8.1928, feierte ihren 75. Geburtstag, wohnhaft in Voralberg, 6850 Dornbirn.

Den 90. Geburtstag feierte **Maria Balkhuber** am 7. September 1999, geboren 1909.

Hofrat Dr. Egon Zimmel wurde ebenfalls 90 Jahre und zwar am 25. September.

Frau **Margarethe Kristinus** feierte am 28. September d. J. den 85. Geburtstag.

Frau **Fanny Kohn** wurde am 27. Juli d. J. 80 Jahre alt.

Professor **Dr. Ludwig Igall-Igally** wird am 15. November seinen 75. Geburtstag begehen.

1945: Der Sieg des Widerstandes in Tirol

Einer der erfolgreichsten und auch von den alliierten Mächten anerkannter Führer des Österreichischen Widerstandes Fritz Molden berichtet in seinem Buch „Die Feuer in der Nacht“ auch von den Kämpfen der Widerstandsbewegung in Tirol in der letzten Phase des 2. Weltkrieges gegen die deutsch-nationalsozialistischen Okkupanten.

Wir zitieren aus dem Werk. Molden stellt zunächst die Lage der Widerstandsbewegung in Tirol, ihre schweren Verluste in den Jahren 1939 bis 1945 dar und erwähnt besonders die Übernahme der Führung der Widerstandsbewegung durch Karl Gruber, 1945 anfangs Landeshauptmann von Tirol später Außenminister Österreichs.

„Schon am 20. April war die Widerstandsbewegung zum ersten Mal dramatisch in der Hauptstadt des Landes an die Öffentlichkeit getreten. In Innsbruck waren die Hauswände, vor allem die bombenzerstörten Ruinen, mit Plakaten der ÖS bedeckt, auf denen zum Widerstand und zur Befreiung des Landes aufgerufen wurde. Es gelang den Widerstandsgruppen, am Gebäude des Polizeipräsidentiums und kurzfristig sogar am Landhaus (Gaulerung) die rot-weißrote Fahne zu hissen. Die Gestapo bemühte sich nun im Auftrag von Gauleiter Franz Hofer, die »Rebellen« und »Hochverräter« endgültig niederzuschlagen. Es gelang ihnen schließlich zwischen 21. und 27. April in einer Reihe von Aktionen, einen erheblichen Teil der Widerstandskräfte zu finden und auch zu zerschlagen.

Trotzdem führte Gruber seine Aktionen weiter durch, doch war es klar, daß er sich namentlich auf den Raum Innsbruck und des zentralen Tiroler »Dreiecks« (Wipptal nördlich des Brenners, Oberinntal bis Telfs und Unterinntal bis Wörgl) beschränken mußte, um noch rechtzeitig und

durchgreifend einschlagen zu können. Am 28. April wurden sukzessive immer größere Teile von Innsbruck und Umgebung durch die Widerstandskräfte zuerst lahmgelegt und dann besetzt. Es gelang am 30. April dem Führer der Kampfgruppen, Jörg Sackenheim, die Gestapoarchive am Schiller-

setzen. Dies gelang auch, jedoch befand sich der deutsche Verteidigungskommandant von Tirol, General Johannes von Böheim, noch immer in seinem Hauptquartier auf der Hungerburg in der Nähe von Innsbruck. Es wurde beschlossen, den General gefangenzunehmen und so eine kombinierte Aktion der deutschen Wehrmacht, der sich die in der Zwischenzeit im gleichen Raum befindlichen SS-Truppen unterstellt hatten, gegen die Befreiung zu verhindern. Major Heine stellte eine Kampftruppe von 20

Dieser trat ohne Widerstand zurück und wurde sofort durch Junger ersetzt. Im Laufe des Vormittags besetzte Gruber dann mit seinen Leuten das Landhaus, wo er im zweiten Stock als Vorsitzender des Exekutivausschusses der Widerstandsbewegung die Funktion und auch die Büroräume des Landeshauptmanns von Tirol noch siebenjähriger NS-Besetzung übernahm.

In der Zwischenzeit war es gelungen, den Kontakt mit den amerikanischen Truppen der 103. US-Infanterie-Division aufzunehmen, die einerseits vom Fernpaß, andererseits vom Zillerberg (Seefeld) Richtung Innsbruck unterwegs waren. Als die US-Armee schließlich am Abend des 3. Mai in das befreite Innsbruck einmarschierte, konnte der offizielle Berichterstatter der amerikanischen Division folgendes vermerken: „Es war wie die Befreiung von Paris. Der Jubel war ungeheuer. Männer, Frauen und Kinder schrien den einmarschierenden Truppen Begrüßungsworte zu und streuten ihnen Blumen. Den Soldaten wurden Cognac und Weinflaschen angeboten. Hilsche Mädchen kletterten auf Panzer und Jeeps, um die Soldaten zu küssen. Österreichische Fahnen wehten überall in der Stadt.“



Karl Gruber stand an der Spitze des Tiroler Widerstandes
Das Bild zeigt Karl Gruber ganz links, neben ihm sein späterer „Nachfolger“ als Außenminister Alois Mock und rechts, Fritz Molden, Autor des Buches „Feuer in der Nacht“.

hof zu erbeuten. In der Stadt Solbad Hall bei Innsbruck bot der letzte nationalsozialistische Bürgermeister dem Anführer der dortigen Widerstandsgruppe Toni Haller freiwillig sein Amt an.

Am 1. Mai versammelte Sackenheim seine Kampfgruppe von etwa 160 Bewaffneten und begann zusammen mit einer Reihe von zu ihm gestoßenen militärischen Widerstandskräften unter Führung von Oberleutnant Josef Moser und Leutnant Ludwig Steiner sowie im engsten Einvernehmen mit dem militärischen Widerstandskommandanten Major Werner Heine, die Innsbrucker Kasernen zu be-

Mann zusammen und stürmte, unterstützt von seinem Adjutanten Oberleutnant Anton Huber, das deutsche Hauptquartier auf der Hungerburg, wobei es Heine gelang, ohne Anwendung von Gewalt den deutschen Verteidigungskommandanten von Tirol, General Böheim, gefangenzunehmen. Unmittelbar darauf gelang es auch, den Tiroler Sender in der Nähe von Aldrans überfallsartig zu besetzen.

Am 3. Mai fuhr Gruber mit seinen engsten Beratern Hradetzky und dem ehemaligen Polizeipräsidenten Junger in das Polizeipräsidentium, wo sie den Rücktritt des Polizeipräsidenten Dr. Dornauer forderten.

Der erfolgreiche Aufstand in Innsbruck wurde durch den ja schon seit 2. Mai in österreichischem Besitz befindlichen Rundfunk im ganzen Land verbreitet und wurde so blitzschnell überall bekannt. Darauf erhoben sich auch in den anderen Städten und kleineren Orten des Landes die Bewohner, angeführt von Widerstandskämpfern. Im allgemeinen war es überall so, daß die noch vorhandenen deutschen Truppen oder SS-Einheiten von den Österreichern längst entwaffnet waren und in provisorische Unterkünfte (Kriegsgefangenenlager) gebracht worden waren, bevor die ersten amerikanischen Truppen auch nur in der

Nähe waren. Dies spielte sich in ganz Tirol ab; es gab nur wenige Ausnahmen.

Dann war noch die Notwendigkeit der Erstürmung des Schlosses Itter, welches zwischen Wörgl und Kitzbühel gelegen ist. Dort befanden sich seit Frühjahr 1943 eine Reihe von internationalen prominenten Gefangenen (unter ihnen Paul Renaud, Edouard Daladier, General Maxime Weygand, General Maurice Gamelin etc.). Die SS-Bewachung war entschlossen, die Gefangenen vor Eintreffen der Alliierten hinzurichten. Es begab sich daher eine bewaffnete Widerstandsteilnahme in die Nähe des Schlosses, das von einer Abteilung der SS-Division „Großdeutschland“ besetzt gehalten wurde. Es gelang den Widerständlern allerdings nicht – wegen des schweren Beschlusses durch die SS, die Straßensperren zu durchbrechen. Sie wandten sich daher an die im Anmarsch befindlichen amerikanischen Truppen mit der Bitte, ihnen zu helfen, die Geiseln zu retten. Unterstützt von der Widerstandsbewegung durchbrach am 5. Mai eine amerikanische Rettungskolonie, die aus 16 Panzern bestand und von Spätrtruppen des Widerstandes angeführt wurde, den SS-Befestigungsring rund um das Schloß Itter und befreite die Gefangenen.

Die österreichische Widerstandsgruppe, die ursprünglich allein versucht hatte, das Schloß Itter zu befreien, stand unter dem Kommando von Rupert Hagleitner, der mit etwa 40 Widerstandskämpfern die Kontrolle über Wörgl ausübte. Ihm stellte sich der Widerstandskämpfer Major Sepp Gangl mit einer Anzahl seiner Soldaten zur Verfügung und sie kämpften mit Hagleitner zusammen, um die Schloßwache zu überwinden. Nachdem ihnen dies nicht gelungen war, ersuchten sie den amerikanischen Oberst Lynch, den Kommandanten des 142. Regiments der 36. US-Infanteriedivision, bei der Befreiung von Schloß Itter und der Gefangenen mitzuwirken. Bei den

Kämpfen um Schloß Itter ist Major Sepp Gangl am 5. Mai gefallen.

Der Exekutivausschuß der Tiroler Widerstandsbewegung bestellte sodann nach Abschluß der Kämpfe am 5. Mai die erste Landesregierung in Tirol, der neben dem schon erwähnten Landeshauptmann Dr. Karl Gruber als LH-Stellvertreter der sozialistische Politiker Franz Hüttenberger, als weiterer LH-Stellvertreter der christlichsoziale Politiker Dr. Hans Gamper und die Widerstandskämpfer Hradetzky, Reut-Nicolussi, Fritz Wirthle und andere angehörten. Dies war die einzige österreichische Landesregierung (oder überhaupt höhere Behörde), die sich selbstständig aufgrund der von ihnen selbst durchgeführten Befreiung des Landes konstituierten konnte und via facti von den Alliierten (im Fall Tirol von den Amerikanern) bestätigt werden mußte.

Die Tiroler Widerstandsbewegung stellte in den ersten Wochen nach Kriegsende eine Statistik auf, aufgrund derer etwa 1050 Personen an den Kämpfen in Innsbruck und Umgebung beteiligt waren. Dazu dürften noch etwa 500 Personen gerechnet werden, die im Ötztal als Partisanen, im Raum Landeck, im Raum Wörgl/Itter und auch noch in anderen Gebieten wie in der Nähe von Schwaz an kämpferischen Aktionen zur Befreiung des Landes teilnahmen. Insgesamt kann also die Zahl der aktiven Widerstandskämpfer in Tirol mit etwa 1500 Mann angegeben werden, während die Zahl der in deutschen Armee-Einheiten für den österreichischen Widerstand tätigen Wehrmachtsangehörigen von Major Heine mit etwa 800 bis 900 Mann beziffert wurde. An Verlusten hatte die österreichische Widerstandsbewegung in Tirol 41 Tote in den Kämpfen dieser wenigen Tage zu verzeichnen. Die prominentesten waren der Innsbrucker Widerstandsführer und Professor Dr. Franz Mair und der Wörgler Widerstands-Major Sepp Gangl. ■

Totentafel

Christliches Gedenken an Edith Stein, geboren 12.10.1891, ermordet im Vernichtungslager Auschwitz am 9.8.1942. Edith wurde in Breslau geboren. Ihre jüdischen Eltern hatten elf Kinder. Ab 1916 war sie Mitarbeiterin des berühmten Philosophen Edmund Husserl in Freiburg. Mit 31 Jahren konvertierte sie zum katholischen Glauben in Bergzabern. Mit 33 trat sie in den Kölner Karmel ein und erhielt den Namen Teresa Benedicta a Cruce. Vom holländischen Kloster Echt wurde sie nach Auschwitz verschleppt, wo sie im August 1942 ermordet wurde.

Johannes Paul II. sprach sie am 1. Mai 1987 selig und am 11. Oktober 1998 heilig. Im Augenblick der Verhaftung sagte Edith zu ihrer Schwester Rosac: „Komm, wir gehen für unser Volk!“ Heute gehört sie zu den großen Heiligengestalten.

Als Verstorbene beklagen wir:

Oberregierungsrat Josef Jellinek, Verwalter des LKH Tulln i. R., ist im 85. Lebensjahr nach schwerer Krankheit am 18. Mai gestorben.

Im 82. Lebensjahr verstarb unerwartet am 4. Juli 1999 Frau Elisabeth Wilhelm. An ihrem Begräbnis nahmen Vertreter der ÖVP-Kameradschaft teil.

Gebet zum Heiligen Geist

**Komm, Heiliger Geist, und hilf uns,
unsere Glauben zu verstehen.
Komm, Heiliger Geist, und hilf uns,
andere zum Glauben zu führen.
Komm, Heiliger Geist, und hilf uns,
Gott und die Menschen zu lieben.
Komm, Heiliger Geist, und hilf uns,
daß wir den Glauben tapfer bekennen.
Herr, wir bitten dich, gib uns
reinen Geist, damit wir dich sehen,
demütigen Geist, damit wir dich hören,
liebenden Geist, damit wir dich dienen,
gläubigen Geist, damit wir dich lieben,
Deig Hammarskjöld**

Tod eines Widerstandskämpfers

In Wien verstarb am 17. August Kammerchauspieler Fritz Lehmann, geboren am 1.8.1915. Vor und nach dem Krieg am Wiener Burgtheater engagiert, schloß er sich 1939 der Widerstandsgruppe Scholz an und geriet zusammen mit deren Mitgliedern, sowie der Gruppen Kastelitz und Lederer am 21. Juli 1940 durch den Verräter Otto Hartmann in Haft. Lehmann und 240 weitere Widerstandler kamen vor das Volksgerichtshof, 11 von ihnen wurden zum Tode verurteilt. Lehmann wurde erst durch das Kriegsende befreit. Wieder am Burgtheater, heiratete er die bekannte Schauspielerin Maria Kramer. Die letzten Jahre verbrachte der Witwer als Pensionist.

Buchbesprechung

Blutzeugen des Glaubens

Das unter dem Titel „Blutzeugen des Glaubens. Martyrologium des 20. Jahrhunderts“ im Dom-Verlag erschienene Buch, Herausgeber Jan Mikrut, Leiter des Referates für Selig- und Heiligsprechungsverfahren der Erzdiozese Wien, enthält, von verschiedenen Verfassern geschriebene Kurzbiographien von insgesamt 27 Katholiken, teils Angehörige des Klerus, teils Laien aus der Erzdiozese Wien (22) und den Diözesen St. Pölten (1) und Eisenstadt (4).

Unter Martyrium ist heute, wie Kardinal Erzbischof Dr. Schönborn im Vorwort ausführt, in erster Linie das Leiden und Erdulden von Unge- rechtigkeit und Gewalt um des Glaubens oder um der Gerech- tigkeit und Menschlichkeit willen zu verstehen. Als Folge des Nationalsozialismus und des Kommunismus haben in diesem Jahrhundert, wie der Herausgeber in der Einleitung schreibt, Millionen von Men- schen aller Gesellschafts- schichten für ihren Glauben gelitten. Es hat zahllose Mär- tyrer gegeben.

Während des Terrorregimes von Bela Kun in Ungarn sind aus dem heutigen Burgen- land zwei Pfarrer ermordet worden, sechs Priester in Nie- derösterreich und einer im Burgenland sind von den Sol- daten der Roten Armee 1945 erschossen worden, weil sie Frauen vor Belästigungen schützen wollten. Erschütternd das Schicksal des resignierten Abtes von Neuburg bei Hei- delberg, Kardinal Neip- berg OSB, dem bei der Beset- zung der Südsteiermark durch slowenische Partisanen die Freiheit angeboten worden ist. Dieses Angebot hat er mit der Begründung abgelehnt, er will bei seinen Leuten im Lager bleiben. Mit den gefangenen

Deutschen hat er alle Leiden erduldet und ist schließlich am 23. 12. 1948 im berühm- ten Offizierslager Werschetz an der rumänisch- ungarischen Grenze „auf der Flucht erschossen“ worden.

Ebenfalls erschütternd das Schicksal des 1888 in Bad Deutsch-Altenburg/NÖ ge- borenen späteren Bischofs von Jassy/Rumänien DDr. Anton Durkowsch. Weil er, wie die meisten anderen ka- tholischen Bischöfe Rumäni- ens, die Zusammenarbeit mit der kommunistischen Regie- rung abgelehnt hat, die u.a. die zwangsweise Einglie- derung der mit Rom unierten Kirchen in die Orthodoxie verfügt hatte, ist er verhaftet und nach vielen Quälereien am 10. 12. 1951 in der Haft verstorben.

Unter den 16 von den Na- tionalsozialisten Ermordeten befinden sich so bekannte Per- sönlichkeiten wie die Kloster- frauen Restituta Kafka, Ange- lika Autsch, die Priester Pater Roman Scholtz, Jakob Gapp, DDr. Heinrich Maier, die bei- den Kapuzinerpatres Angelus Steinwender und Kapistran Pi- eller, sowie Pater August Wörndl. Weiters die Wider- standskämpfer Hans Georg Heinschel-Heinegg, Oberst Franz Heckenast, Dr. Jakob Kastelle und DDr. Hans Karl Zessner-Spitzenberg.

Der Priester Franz Steiner ist von der Heilanstalt Mauer- Öhling nach Schloß Hart- heim/ÖO überstellt und dort umgebracht worden. Der Prie- ster Friedrich Karas ist im KZ Dachau umgekommen. Otto Schimek hat im Herbst 1944 als Angehöriger der Deutschen Wehrmacht die Teilnahme an der Erschießung gefangener polnischer Zivilisten mit der Begründung verweigert, er sei ein Christ und werde aus Ge- wissensgründen Unschuldige

An unsere Mitglieder

Der Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs hat sich in einem Schreiben an Dr. H. Jurassek als Obmann der ÖVP-Kameradschaft politisch Verfolgter gewandt und folgendes mitgeteilt:

„In den letzten Monaten erreichten uns zahlreiche An- fragen von jüdischen Überlebenden in und aus Österreich hinsichtlich der Rückstellung von in der NS-Zeit entzogenen Ver- mögenswerten. Dadurch wurde von neuem die Notwendigkeit zur Schaffung eines geeigneten institutionellen Rahmens of- fenkundig, der eine umfassende Unterstützung und Bera- tung der betroffenen Personen in Restitutionsangelegenhei- ten ermöglichen würde.

Wir erlauben uns, Sie nun davon in Kenntnis zu setzen, daß der Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs vor kurzem in Wien eine solche zentrale Anlauf- stelle für jüdische NS-Verfolgte in und aus Österreich sowie de- ren Nachkommen eingerichtet hat. Ziel dieser Initiative ist es, individuelle Ansprüche auf durch die Nationalsozialisten ent- zogene Vermögenswerte zu erfassen, zu dokumentieren und anhand historischen Quellenmaterials zu belegen.

Sollten sich Personen mit desbessigen Anfragen an Sie wenden, möchten wir Sie ersuchen, diese an uns zu verweisen.

Unsere Kontaktadresse lautet:

Desider Friedmann-Platz 2, A-1010 Wien,

Tel.: +43-1-531 04-46, Fax.: +43-1-531 04-30

Sprechstunden: Montag bis Donnerstag, 9 bis 12 Uhr.

Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten veröff- entlicht dieses von Dr. Ariel Muzikant, als Präsident des ge- nannten Bundesverbandes, gezeichnete Schreiben, mit dem Ersuchen an unsere Mitglieder, die von NS-Verfolgung Be- troffenen oder deren Angehörige, falls für sie das oben Ge- sagte zutreffen sollte, dem Ersuchen des Dr. Muzikant zu ent- sprechen.

nicht erschienen. Von einem Militärgericht wegen Feigheit vor dem Feind und Fahnen- flucht zum Tode verurteilt, ist er am 14. 11. 1944 in Li- ping/Polen erschossen worden. Zu seinem Grab am Friedhof von Machowa an der Straße E-22 zwischen Tarnow und Rzeszow kommen immer wie- der Gläubige, die ihn als heldenhaften Märtyrer vereh- ren.

Das Buch eignet sich vor- züglich als Weihnachtsges-chenk. Es ist im Buchhandel um 65 298,- erhältlich und 354 Seiten stark. Hoffentlich erscheinen bald auch ähnliche Werke für die anderen Diöze- sen.

Der Herausgeber ersucht um Information über weiter Opfer, die den geschilderten Kriterien entsprechen, um sie

bei einer Neuaufgabe in sein Buch aufzunehmen. Eventuelle Informationen würden auch wir weiterleiten. ■

Dr. Hubert Jurassek

Impressum:

Medieninhaber und

Herausgeber:

Kuratorium der ÖVP- Kameradschaft der politisch Verfolgten,

1080 Wien, Laudongasse 16
Verleger: NÖRKA-ZEITUNGS- VERLAG Ges.m.b.H.,
3403 Klosteneuburg,
Wiener Straße 106

Redaktion: Johannes Edlitz

Fotos: Fotbör „Presser“-Archiv,
Vogelsang-Institut

Layout: Tanja Pichler, 1080 Wien,
Kienbrückergasse 11/23

Druck: Druckerei Kämpfer GmbH
Hans-Suter-Str. 9-15, 8160 Weiz

